GLAUBE.at

DAS CHRISTLICHE ONLINE-PORTAL IN ÖSTERREICH

CHRISTLICHE WERTE FÜR ÖSTERREICH

Wahlprüfsteine zur Nationalratswahl 2017

EINE INITIATIVE VON IM ÖSTERREICH

Partner der Österreichischen Evangelischen Allianz

Wir fragen.
Politiker antworten.
Sie wählen.

SVEN KÜHNE | INITIATOR

Sven Kühne ist Vorstandsvorsitzender vom christlichen Mediendienst IM Österreich und Initiator von Glaubensimpulse und Glaube.at. Im Jahr 2015 wurde er in den Vorstand der Österreichischen Evangelischen Allianz berufen.

CHRISTLICHE WERTE FÜR ÖSTERREICH.

„Unsere Generation hat das besondere Vorrecht, in einer demokratischen Gesellschaft zu leben, in der alle wahlberechtigten Bürger das politische Leben ihrer Heimat mitgestalten dürfen. Als Christen tragen wir hierbei eine besondere Verantwortung und dürfen Salz und Licht sein.

Anlässlich der vorgezogenen Österreichischen Nationalratswahlen am 15. Oktober 2017 ermutigen wir Christinnen und Christen, nicht zu polarisieren, sondern für die Politiker unseres Landes und die Wahl zu beten und hierdurch Salz und Licht für unsere Generation zu sein. Jeder Mensch hat das Recht, sich seine eigene politische Meinung zu bilden und diese öffentlich zu vertreten. Und jeder hat das Recht, eine persönliche Entscheidung für bzw. gegen Parteien und Kandidaten zu treffen, ohne dafür missachtet und/oder ausgegrenzt zu werden.

Ergänzend zur Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medienlandschaft, anlässlich der bevorstehenden Österreichischen Nationalratswahl, initiierte **GLAUBE.at** eine umfangreiche Befragung unter den Spitzenkandidaten der wahlwerbenden Parteien. Ein parteiunabhängiges Expertengremium definierte hierzu 15 relevante Kernthemen, zu denen Christen unterschiedlicher Gesellschaftsschichten und Kirchen jeweils zwei Fragestellungen erarbeiteten.

Von den 16 wahlwerbenden Parteien nahmen die Spitzenkandidaten der ÖVP, SPÖ, FPÖ, GRÜNE, NEOS, CPÖ, EUAUS, FLÖ-FPS, MÄNNERPARTEI und OBDACHLOSE IN DER POLITIK am Interview teil. Die übrigen Parteien standen für ein Interview zu den christlichen Wahlprüfsteinen nicht zur Verfügung."

Offizielle Partner der Initiative

MITGLIEDER DES EXPERTENGREMIUMS

- Care of Creation
- Christ+Behinderung
- CPV Austria
- Europäische Evangelische Allianz
- IM Österreich
- IMABE
- Initiative wertvolle Sexualerziehung
- Jugend für das Leben
- Open Doors
- ÖSM – Christen an der Uni
- Österreichische Lebensbewegung
- SALZUNDLICHT
- Save one
- Weisses Kreuz Österreich

Wahlprüfsteine für christliche Werte in der Politik

DIE KERNTHEMEN

- Außenpolitik und Europa (S. 14-17)
- Bildung und Wissenschaft (S. 18-21)
- Ethik in Medizin und Forschung (S. 22-25)
- Ehe und Familie (S. 26-29)
- Flüchtlingskrise und Integration (S. 30-33)
- Gesundheit und Pflege (S. 34-37)
- Glaubens- und Gewissensfreiheit (S. 38-41)
- Gleichwertigkeit und Chancengleichheit (S. 42-45)
- Kinder und Jugendliche (S. 46-49)
- Lebensschutz und Menschenwürde (S. 50-53)
- Schutz für verfolgte ChristInnen (S. 54-57)
- SeniorInnen und Altersvorsorge (S. 58-61)
- Sicherheit und Kriminalität (S. 62-65)
- Umwelt- und Klimaschutz (S. 66-69)
- Wirtschaft und Arbeitsmarkt (S. 70-73)

WIR FRAGEN

Auf Grundlage der definierten Themenfelder und Fragenvorschläge durch ein parteiübergreifendes Gremium haben wir den 16 Spitzenkandidaten der wahlwerbenden Parteien jeweils zwei zwei Fragestellungen zu jedem Thema übermittelt.

POLITIKER ANTWORTEN

Jeder Spitzenkandidat erhielt die Möglichkeit, die Fragestellungen in einem definierten Zeitraum zu beantworten und an uns zurück zu senden. Die Antworten finden Sie in diesem Leitfaden und auf glaube.at/nationalratswahl-2017

SIE WÄHLEN

Die christlichen Wahlprüfsteine sollen eine Orientierungshilfe im Entscheidungsfindungsprozess sein. Wir ermutigen Christinnen und Christen für die Wahl und die politische Landschaft unseres Landes zu beten und vom Wahlrecht gebrauch zu machen.

Sebastian Kurz

DIE NEUE VOLKSPARTEI (ÖVP)

Geboren: 27. August 1986 in Wien

Bundesparteiobmann der ÖVP

Spitzenkandidat der ÖVP

Weitere Infos: www.oevp.at

Credits: Dominik Butzmann

Christian Kern

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ÖSTERREICHS (SPÖ)

Geboren: 04. Jänner 1966 in Wien

Bundesparteiobmann der SPÖ

Spitzenkandidat der SPÖ

Weitere Infos: www.spoe.at

Credits: Andy Wenzel

Heinz-Christian Strache

FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICH (FPÖ)

Geboren: 12. Juni 1969 in Wien

Bundesparteiobmann der FPÖ

Spitzenkandidat der FPÖ

Weitere Infos: www.fpoe.at

Credits: NFZ

Matthias Strolz

NEOS – DAS NEUE ÖSTERREICH UND LIBERALES FORUM (NEOS)

Geboren: 10. Juni 1973 in Bludenz

Gründungsmitglied und Vorsitzender der NEOS

Spitzenkandidat der NEOS

Weitere Infos: www.neos.at

Credits: NEOS

Ulrike Lunacek

DIE GRÜNEN – DIE GRÜNE ALTERNATIVE (GRÜNE)

Geboren: 26. Mai 1957 in Krems an der Donau

Eine von 14 Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments

Spitzenkandidatin der Grünen

Weitere Infos: www.gruene.at

Credits: DIE GRÜNEN

Erwin Dünser

CHRISTLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (CPÖ)

Geboren: 24. Jänner 1979

Unternehmer

Spitzenkandidat der CPÖ in Vorarlberg

Weitere Infos: www.cpoe.at

Credits: Privat

Robert Marschall

FÜR ÖSTERREICH, ZUWANDERUNGSSTOPP, GRENZSCHUTZ, NEUTRALITÄT, EU-AUSTRITT (EUAUS)

Geboren: 05. März 1966 in Wien

Parteichef von EUAUS

Spitzenkandidat der EUAUS in Wien

Weitere Infos: www.euaus.at

Credits: Privat

Karl Schnell

FREIE LISTE ÖSTERREICH &
FPS LISTE DR. KARL SCHNELL (FLÖ FPS)

Geboren: 07. April 1954 in Flachau

Gründer und Parteivorsitzender der FPS

Spitzenkandidat der FLÖ FPS

Weitere Infos: www.fps-salzburg.at

Credits: FLÖ FPS

Hannes Hausbichler

MÄNNERPARTEI (M)

Geboren: 02. November 1970

Bundesvorsitzender der Männerpartei

Spitzenkandidat der Männerpartei in Vorarlberg

Weitere Infos: www.maennerpartei.at

Credits: Privat

Hans-Georg Peitl

OBDACHLOSE IN DER POLITIK (ODP)

Geboren: 1967

Obmann der ODP

Spitzenkandidat der ODP in Wien

Weitere Infos: jachwe.wordpress.com

Credits: Privat

Aussenpolitik und Europa

TERRORGEFAHR

GLAUBE.at Welche Maßnahmen empfiehlt Ihre Partei gegen die zunehmende Terrorgefahr?

Sebastian Kurz Österreich ist keine Insel der Seligen. Globale Herausforderungen mit sicherheitspolitischer Sprengkraft nehmen zu: Internationaler Terror, Konflikte in unserer Nachbarschaft, neue Formen der Kriminalität, importierte Gewalt und unkontrollierte Migration stellen eine Herausforderung für unsere Sicherheit dar. Wir müssen daher die Polizei, aber auch das österreichische Bundesheer leistungsfähiger machen.

Christian Kern Wir fordern 2.500 PolizistInnen mehr auf unseren Straßen, die nach dem Rechten sehen – und dabei über eine zeitgemäße Ausrüstung verfügen. Und damit nach der erfolgreichen Neupositionierung des Bundesheeres die künftigen sicherheitspolitischen Anforderungen erfolgreich bewältigt werden können, ist die Aufnahme von zusätzlich 2.000 Soldatinnen und Soldaten in der nächsten Legislaturperiode erforderlich. Auch wissen wir, dass es grundsätzlich mehr Möglichkeiten für die Polizei in der Terror- und Verbrechensbekämpfung braucht.*

Heinz-Christian Strache Die Erhöhung der Polizeipräsenz, überwachte Grenzen – damit nicht wieder, wie beim unkontrollierten Einlass von Wirtschaftsmigranten seit 2015, Terroristen ungehindert nach Österreich kommen können, eine Überwachung von islamischen Schulen, Zentren und Moscheen, da diese für Radikalisierungsaktivitäten genutzt werden. Grundrechte, wie z.B. das Recht auf Freiheit oder die Meinungsfreiheit, dürfen nicht auf dem Altar einer vorgeschobenen Terrorbekämpfung geopfert werden. Wir wollen keinen Polizeistaat mit Generalverdacht gegen alle Bürger!

Matthias Strolz Der Terror ist ein große Bedrohung für Österreich und Europa. Doch wir dürfen nicht zulassen, dass er einen Keil in die Gesellschaft treibt oder Freiheitsrechte eingeschränkt werden. Es braucht deshalb nicht mehr Überwachung, sondern eine bessere, europaweite Vernetzung und Kooperation der Polizei sowie der Nachrichtendienste.

Ulrike Lunacek Eine funktionierende Gesellschaft mit aktivem sozialem Ausgleich verhindert das Entstehen von Strukturen, die Gewalt und Terrorismus ermöglichen. Es ist daher wesentlich, Konfliktpotential rechtzeitig zu erkennen und ihnen durch existenzielle Einbindung und Absicherung sowie durch Zugang zu Bildung den Boden zu entziehen. Dazu bedarf es aber auch einer umfassenden Präventions- und Bekämpfungsstrategie.

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Aussenpolitik und Europa

TERRORGEFAHR

GLAUBE.at Welche Maßnahmen empfiehlt Ihre Partei gegen die zunehmende Terrorgefahr?

Erwin Dünser Straffällige Migranten ausweisen.

Robert Marschall Permanente und lückenlose Grenzkontrollen an der österreichischen Staatsgrenze. Solche echten Grenzkontrollen sind nur bei einem EU-Austritt bzw. Schengen-Raum-Austritt erlaubt. Sofortiger Zuwanderungsstopp, da schon viel zu viele Flüchtlinge und Scheinasylanten gleichzeitig nach Österreich gekommen sind.

Karl Schnell Unsere Partei spricht sich eindeutig für die Sicherung der Grenzen und eine Stärkung und finanziell bessere Ausstattung der Polizei und Sicherheitsdienste in Österreich aus. Weiters ist auf allen politischen Ebenen gegen Radikalismus- und Terrorgefahr präventiv vorzugehen.

Hannes Hausbichler Energisches Auftreten der Republik Österreich, doch unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Überwachung der Radikalen Szene in den Bereichen Islamismus, Rechts- und Linksextremismus und sofortiges Einschreiten bei Straftaten.

Hans-Georg Peitl Fingerprintscanner an den Grenzen und das allgemeine Arbeits- und freie Niederlassungsrecht anstatt Flüchtlingshilfe und Einwanderung ins Sozialsystem (Einwanderung erst nach 5 Jahren).

Aussenpolitik und Europa

ROLLE DER TÜRKEI IN DER EU

GLAUBE.at Wie sehen Sie die gegenwärtige und künftige Rolle der Türkei in der EU?

Sebastian Kurz Die anhaltende Missachtung der Menschenrechte und die Verfolgung der Opposition in der Türkei sind absolut inakzeptabel. Aus diesem Grund fordere ich seit längerem einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Zu Beginn wurde ich für diese Position noch kritisiert, mittlerweile wurde sie von Deutschland und anderen EU-Mitgliedsstaaten übernommen. Die Türkei unter Erdogan hat keinen Platz in Europa und die EU muss hier auch selbstbewusster gegen Menschenrechtsverletzungen auftreten.

Christian Kern Einen Beitritt der Türkei zur EU halte ich derzeit für ausgeschlossen. Allein aus ökonomischen Gründen kann die EU einem Beitritt nicht zustimmen. In Sachen Menschenrechte hat die Türkei nahezu alle roten Linien überschritten. Klar muss sein, wer sich immer weiter von Europa und den europäischen Werten entfernt, kann auch nicht Mitglied werden.

Heinz-Christian Strache Die Türkei ist weder geographisch, noch kulturell, noch vom Stand der Demokratisierung her gesehen, ein europäisches Land und Präsident Erdogan sicher kein verlässlicher Partner für Österreich und Europa. Da Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für uns unverhandelbare Grundrechte darstellen, ist endgültig klar, dass die Türkei nie ein Teil Europas sein kann und die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei umgehend abzubrechen sind.

Matthias Strolz Ein möglicher Beitritt der Türkei zur EU ist nicht denkbar und soll auch nicht verhandelt werden. Nicht solange die Türkei Menschenrechte, Pressefreiheit und Pluralität mit Füßen tritt. Hier muss Europa für seine Grundprinzipien eintreten. Es gibt klare Beitrittskriterien – und die Türkei erfüllt diese eindeutig nicht. Gleichzeitig ist die Türkei ein Nachbar mit dem man allein schon aufgrund von sicherheits- und migrationspolitischen Gründen reden muss.

Ulrike Lunacek Es gibt derzeit keine einzige demokratische politische Kraft innerhalb der Europäischen Union, die eine EU-Mitgliedschaft der immer mehr in eine Diktatur abgleitenden Türkei andenkt. Die Türkei wird in der EU also keine Rolle spielen, sofern sie nicht zu einer nachhaltig abgesicherten, die Menschenrechte einhaltenden Demokratie wird.

Aussenpolitik und Europa

ROLLE DER TÜRKEI IN DER EU

GLAUBE.at Wie sehen Sie die gegenwärtige und künftige Rolle der Türkei in der EU?

Erwin Dünser Die derzeitige Führung hat mit der EU nichts gemeinsam.

Robert Marschall Solange Österreich in der EU ist, sollte ein Türkei-Beitritt zur EU von Österreich verhindert werden.

Karl Schnell Keine. Die Vertragsverhandlungen mit der Türkei sollen unverzüglich beendet werden.

Hannes Hausbichler Als wichtiges und wertvolles Nachbarland der Europäischen Union.

Hans-Georg Peitl Da die Obdachlosen in der Politik von einem Kräftegleichgewicht USA und östliches Dreieck (Russland-China-Türkei) ausgehen und Europa eine neutrale Zone dazwischen werden sollte, sehen wir keine Rolle der Türkei in der EU.

Bildung und Wissenschaft

RELIGION AN ÖFFENTLICHEN SCHULEN

GLAUBE.at Wie stehen Sie zu dem Fach Religion an (öffentlichen) Schulen?

Sebastian Kurz Die Auseinandersetzung mit den Grundfragen des Lebens, allgemein gültigen Werten und der Frage, an welchen Maßstäben wir unser Handeln messen, ist eine wichtige Grundlage für das restliche Leben. Daher bekennen wir uns ganz klar zum konfessionellen Religionsunterricht. Wir schlagen außerdem vor, dass es einen verpflichtenden Ethikunterricht für all jene geben soll, die den konfessionellen Religionsunterricht nicht besuchen.

Christian Kern Religion ist ein wichtiger Bestandteil des Fächerkanons an unseren Schulen. Schließlich geht es darum, dass Kinder und Jugendliche – an sozialen, religiösen und moralischen Werten orientiert – Verantwortung für sich selbst, ihre Mitmenschen, die Umwelt und nachfolgende Generationen übernehmen. Religionsgemeinschaften leisten hier mit ihren vielfältigen Aktivitäten und Einrichtungen einen wertvollen und wichtigen Beitrag. Die Sozialdemokratie wird daher selbstverständlich auch weiterhin auf das Recht zum konfessionellen Religionsunterricht bestehen.

Heinz-Christian Strache Die FPÖ ist für die Beibehaltung des Fachs Religion. Der Religionsunterricht, wie er im Konkordat festgeschrieben ist, erfüllt eine wichtige gesellschaftliche Funktion.

Matthias Strolz Wissen über Religionen gehört zur Allgemeinbildung. Deshalb soll es ein verpflichtendes Unterrichtsfach Ethik und Religionen anstatt des konfessionellen Religionsunterrichts geben. Damit soll auch die Lücke gefüllt werden, die sich aus dem derzeit fehlenden Angebot einer verbindlichen Wertevermittlung an den Schulen ergibt.

Ulrike Lunacek Konfessioneller Religionsunterricht hat seinen Platz in österreichischen Schulen. Er erfüllt eine wichtige Aufgabe und wirkt u.a. Radikalisierungstendenzen und der Segregation innerhalb von Religionsgemeinschaften entgegen. Daher soll er auch in Zukunft angeboten werden. Ergänzend fordern wir ein verpflichtendes Unterrichtsfach Ethik und Religionen, an dem alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam teilnehmen.

Bildung und Wissenschaft

RELIGION AN ÖFFENTLICHEN SCHULEN

GLAUBE.at Wie stehen Sie zu dem Fach Religion an (öffentlichen) Schulen?

Erwin Dünser Dieses Fach muss erhalten bleiben.

Robert Marschall Religion sollte Privatsache bleiben.

Karl Schnell Das Fach Religion an öffentlichen Schulen hat eine lange Tradition in Österreich und sollte beibehalten werden, allerdings sollte die Teilnahme auf freiwilliger Basis erfolgen.

Hannes Hausbichler Religionsunterricht ist in der Lage, den Menschen ethische Werte zu vermitteln und sollte daher beibehalten werden. Wer nicht am Religionsunterricht teilnehmen will, soll ersatzweise Ethikunterricht belegen.

Hans-Georg Peitl Grundsätzlich absolut pro, wobei ich allerdings die Zeit auch nützen würde, um den Schülern Einblick in andere Religionen zu gewähren.

Bildung und Wissenschaft

FÄCHERÜBERGREIFENDE RELIGIÖSE INHALTE

GLAUBE.at Befürworten Sie, dass PädagogInnen der verschiedenen Bildungseinrichtungen religiöse Inhalte in allen Fächern einbringen dürfen?

Die neue Volkspartei.

Sebastian Kurz Religion ist wichtig, um unsere Gesellschaft und unsere Geschichte verstehen zu können. So ist beispielsweise ein Unterricht über die Geschichte Europas kaum vollständig ohne Berücksichtigung der wesentlichen Inhalte des christlichen Glaubens sowie seiner unterschiedlichen Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen. Es geht darum, ein gesamtheitliches Fachwissen in den von Religion betroffenen Themenbereichen zu erlangen.

SPÖ

Christian Kern PädagogInnen muss es im Rahmen ihrer Verantwortung im Unterricht möglich sein, wenn es die konkrete Unterrichtssituation erfordert, auch religiöse Fragestellungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen zur Diskussion zu stellen. Ich erachte diesen Punkt für wichtig, um Schülerinnen und Schülern eine eigene Meinungsbildung zu ermöglichen. Denn darum geht es für mich – SchülerInnen zu selbstständigem Denken anzuregen. Ein Ersatz für den Religionsunterricht kann und soll dies nicht sein.

FPÖ

Heinz-Christian Strache Der Kirche steht das Recht auf Erteilung des Religionsunterrichtes und Vornahme religiöser Übungen für die katholischen Schüler an allen niederen und mittleren Lehranstalten zu, so wie es im Konkordat festgelegt ist.

neos

Matthias Strolz Das ist höchst problematisch und soll nicht erlaubt sein. Religiöse Ansichten sollen nicht andere Unterrichtsfächer beeinflussen, gerade in den Naturwissenschaften.

DIE GRÜNEN

Ulrike Lunacek Die Behandlung ethischer Fragen ist Unterrichtsprinzip in Österreichs Schulen. Um der Vielfalt gerecht zu werden, fordern wir allerdings einen verpflichtenden gemeinsamen Ethik- und Religionenunterricht für alle SchülerInnen. Konfessioneller Religionsunterricht soll auch weiterhin an öffentlichen Schulen angeboten werden.

Bildung und Wissenschaft

FÄCHERÜBERGREIFENDE RELIGIÖSE INHALTE

GLAUBE.at Befürworten Sie, dass PädagogInnen der verschiedenen Bildungseinrichtungen religiöse Inhalte in allen Fächern einbringen dürfen?

Erwin Dünser Christliche Werte sind auch in anderen Fächern wünschenswert.

Robert Marschall Bei Deutsch eher ja, wegen Verständnis von Literatur. Auch bei Politikunterricht und Soziologie. Ein klares NEIN bei naturwissenschaftlichen Fächern, sonst landet man bei Infragestellung von Erkenntnistheorien wie z.B. Darwin oder das heliozentrische Weltbild (Nikolaus Kopernikus, Galileo Galilei).

Karl Schnell Keinesfalls, man sollte religiöse und fachliche Inhalte unbedingt trennen.

Hannes Hausbichler Zuerst befürworte ich die Abschaffung von unsinnigen und ideologiegetriebenen Schreibweisen wie „PädagogInnen“ und deren Ersatz durch die korrekte Rechtschreibung. Den restlichen, richtig geschriebenen Teil der Frage beantworte ich wie folgt: Wenn ein Pädagoge religiöse Inhalte in seinem Unterricht erwähnt, ist atheismusgetriebene Panik unangebracht. Lehrerinnen und Lehrer sollen ihr Bildungsziel nicht aus den Augen verlieren, nur nach dieser Maßgabe soll ihre Leistung bewertet werden.

Hans-Georg Peitl Da die Menschenrechtscharta 1948 einem jeden Menschen jederzeit und überall das Recht auf Religionsausübung zusichert, wüsste ich keinen Grund, warum man gerade PädagogInnen ihre Menschenrechte entziehen sollte.

Ethik in Medizin und Forschung

MODIFIZIERUNG MENSCHLICHER EMBRYONEN

GLAUBE.at Befürworten Sie die Modifizierung menschlicher Embryonen zu therapeutischen Zwecken?

Sebastian Kurz Eingriffe in die Keimbahn von Embryonen oder von entwicklungsfähigen Zellen sind in Österreich verboten. Das Verbot von genetischen Manipulationen - egal zu welchem Zweck - soll so bleiben wie es ist. Das Fortpflanzungsmedizingesetz und das Gentechnikgesetz enthalten dazu ganz konkrete Bestimmungen und auch einzelne eng beschränkte Ausnahmen. Eine Änderung ist nicht erforderlich.

Christian Kern Anmerkung der Redaktion: Keine Stellungnahme erhalten.

Heinz-Christian Strache Die FPÖ lehnt dies strikt ab, und hat dies aus ethischen Gründen als einzige Partei auch bei der Beschlussfassung des Fortpflanzungsmedizingesetzes vertreten.

Matthias Strolz Das ist aufgrund der damit einhergehenden weitreichenden Implikationen ein ethisch überaus sensibles Thema, bei dem es eines offenen wissenschaftlichen und politischen Diskurses bedarf. In einem rechtlich eng abgesteckten Rahmen können wir den Einsatz dieser Methode befürworten.

Ulrike Lunacek Diese Frage ist im April 2017 durch ein Diskussionspapier deutscher WissenschafterInnen ins Zentrum des Diskurses gerückt. Wir beschäftigen uns intensiv mit der Materie. Eine endgültige Positionierung der Grünen liegt noch nicht vor.

Ethik in Medizin und Forschung

MODIFIZIERUNG MENSCHLICHER EMBRYONEN

GLAUBE.at Befürworten Sie die Modifizierung menschlicher Embryonen zu therapeutischen Zwecken?

Erwin Dünser Nein.

Robert Marschall Bei derzeitigem Stand sind unkontrollierte/-ierbare Massenexperimente unabschätzbar in den Folgen. Das Thema ist gut geeignet für eine Volksabstimmung.

Karl Schnell Nein.

Hannes Hausbichler Nein.

Hans-Georg Peitl Da ich davon ausgehe, dass Gott den Menschen auch anders hätte schaffen können, glaube ich nicht, dass der Mensch das Recht hat, in die Schöpfung einzugreifen.

Ethik in Medizin und Forschung

LEIHMUTTERSCHAFT

GLAUBE.at Soll die Leihmutterschaft in Österreich legalisiert werden?

Sebastian Kurz Die Leihmutterschaft ist in mehreren Ländern Europas und so auch in Österreich verboten. Aus Sicht der Volkspartei trägt die geltende Rechtslage medizin-ethischen Standards bestmöglich Rechnung und verhindert, dass die Geburt kommerzialisiert und ein Kind zur Ware wird.

Christian Kern Nein, hier bin ich weiterhin für ein dezidiertes Vermittlungs- und Kommerzialisierungsverbot.

Heinz-Christian Strache Die FPÖ lehnt dies ebenfalls strikt ab, und hat dies als einzige Partei auch bei der Beschlussfassung des Fortpflanzungsmedizingesetzes vertreten.

Matthias Strolz Die Frage der Leihmutterschaft muss auf breiter gesellschaftlicher Basis diskutiert werden. Hier kann der Staat nicht ohne Diskussion in die Privatsphäre von Menschen eingreifen. Aktuell gibt es viele rechtliche Unklarheiten und Familien sind momentan gezwungen, im Ausland Hilfe zu suchen, hier muss es eine menschlichere Lösung geben.

Ulrike Lunacek Wir lehnen Leihmutterschaft ab. Wir müssen aber als Gesellschaft auch sicherstellen, dass Kinder, die in anderen Ländern von Leihmüttern geboren wurden, in Österreich nicht rechtlich benachteiligt werden.

Ethik in Medizin und Forschung

LEIHMUTTERSCHAFT

GLAUBE.at Soll die Leihmutterschaft in Österreich legalisiert werden?

Erwin Dünser Nein.

Robert Marschall Volksabstimmung. Das ist typischerweise ein Thema, dass das ganze Volk betrifft.

Karl Schnell Nein.

Hannes Hausbichler Leihmutterschaft führt zu großen, schmerzvollen und nie richtig lösbaren Konflikten. Sie nutzt ohnehin zumeist Wohlhabenden, welche sich des Körpers einer sozial bedrüftigen Frau bedienen wollen. Aus diesen Gründen lehnen wir die Leihmutterschaft ab.

Hans-Georg Peitl Da es durchaus Frauen geben kann, welche als Mutter gut geeignet sind, medizinisch aber nicht in der Lage, warum nicht?

Ehe und Familie

EHE FÜR MANN UND FRAU

GLAUBE.at Die gesetzlich verankerte Füllung des Begriffs Ehe durch einen Mann und eine Frau ist in der EU gegeben. Wie schützt ihre Partei diese Vorgabe in Österreich?

Sebastian Kurz Die Ehe ist in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) klar definiert. Diese steht in Österreich im Verfassungsrang.

Christian Kern Als Sozialdemokrat setze ich mich gegen jegliche Formen der Diskriminierung ein. Dazu gehört für mich auch die Beseitigung jeglicher Form der sexuellen Diskriminierung. Ich möchte die Gleichbehandlung aller Menschen in allen Lebensbereichen sichern. Wer sich liebt, soll auch heiraten dürfen. Daher setze ich mich für eine rechtliche Gleichstellung ein und fordere, die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.

Heinz-Christian Strache Die FPÖ erteilt allen Ansätzen zur Einrichtung einer Ehe „light" oder einer Homo-Ehe eine klare Absage. Die Ehe als zentrale Institution zum Erhalt der Gesellschaft muss in ihrer Wertstellung als besondere Form wechselseitiger Rechte und Pflichten unter Personen verschiedenen Geschlechts erhalten und gestärkt werden. Eine Aufweichung dieses Grundsatzes kommt für die Freiheitliche Partei nicht in Frage. Die heutige Rechtsordnung lässt einer Beliebigkeit des Zusammenlebens ohnedies jeden Raum offen.

Matthias Strolz Gleichgeschlechtlich liebende Menschen dürfen nicht diskriminiert werden. Wenn sich zwei Menschen lieben und Verantwortung füreinander übernehmen wollen, hat der Staat sich nicht einzumischen oder zu urteilen. Deshalb sind wir für die Öffnung der Ehe anstatt eines Sondergesetzes wie die eingetragene Partnerschaft.

Ulrike Lunacek Wir sehen im Rahmen der bestehenden Rechtslage keine Einschränkung der Ehe von Mann und Frau. Die dringend nötige Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaft schränkt das Recht von Männern und Frauen, eine Ehe mit Angehörigen des anderen Geschlechts einzugehen, selbstverständlich nicht ein.

Ehe und Familie

EHE FÜR MANN UND FRAU

GLAUBE.at Die gesetzlich verankerte Füllung des Begriffs Ehe durch einen Mann und eine Frau ist in der EU gegeben. Wie schützt ihre Partei diese Vorgabe in Österreich?

Erwin Dünser Einfordern der Wahrheit – Ehe ist nur zwischen Mann und Frau möglich!

Robert Marschall Wir sind für den EU-Austritt Österreichs. Familienthemen sind typische Themen für Volksabstimmungen in Österreich, da das das ganze österreichische Volk betrifft.

Karl Schnell Die Ehe durch Mann und Frau hat mit Sicherheit für unsere Partei Priorität gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

Hannes Hausbichler Diese gesetzliche Füllung wird weder in der EU noch in Österreich gelebt. Angesichts dieser Scheidungsrate ist es nicht mehr glaubwürdig, wenn die EU oder die Republik vom Schutz der Ehe sprechen, den sie selbst mit Füßen treten. Was bleibt von der staatlichen Ehe heute? Ein gigantisches Risiko zumindest für den Mann im Trennungfall – also geht es ohnehin nur mehr um Geld! Wenn die Ehe Romantik und lebenslange Bindung bedeuten soll, dann hat der Staat diesbezüglich jämmerlich versagt und soll daher den schönen Teil der Ehe ehrlicherweise wieder den Religionsgemeinsachften überlassen.*

Hans-Georg Peitl Grundsätzlich ist die Diskussion, ob gleichgeschlechtliche Partner miteinander ehetauglich sind oder nicht, von Grund her durch die Frage fortpflanzungsfähig gezeichnet. Ich kenne aber durchaus auch Paare, die aus Mann und Frau bestehen und dies nicht sind. Warum sollte man also gleichgeschlechtlichen Partnern nicht die Chance geben, sich als Ehepartner zu betrachten?

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Ehe und Familie

INZESTVERBOT

GLAUBE.at Der Inzestbereich soll neu geordnet werden. Wie soll dieser Bereich aus der Sicht Ihrer Partei künftig aussehen?

Sebastian Kurz Wir halten an der geltenden Rechtslage in Österreich fest und sehen derzeit keinen Änderungsbedarf.

Christian Kern Für uns gibt es im Moment keinen Grund diesen Bereich neu zu ordnen und wir haben in dieser Hinsicht auch nichts geplant.

Heinz-Christian Strache Dass der Inzestbereich neu geregelt werden soll, konnte von uns nicht festgestellt werden. Wir sehen keinen Änderungsbedarf an der derzeit geltenden Rechtslage.

Matthias Strolz In diesem Bereich muss immer das Kindeswohl an erster Stelle stehen. Deshalb ist die bestehende Rechtslage inklusive Strafrahmen passend und muss nicht geändert werden.

Ulrike Lunacek Die Grünen können keinen Änderungsbedarf erkennen. Der Opferschutz ist selbstverständlich bereits in der bestehenden Regelung verankert.

Ehe und Familie

INZESTVERBOT

GLAUBE.at Der Inzestbereich soll neu geordnet werden. Wie soll dieser Bereich aus der Sicht Ihrer Partei künftig aussehen?

Erwin Dünser Den Inzest kann man nicht tolerieren.

Robert Marschall Damit haben wir uns noch nicht beschäftigt. Der Bereich sollte jedenfalls - wie fast alles – in Österreich geregelt werden und nicht in der EU.

Karl Schnell Der Inzestbereich sollte nach unserem Rechtsempfinden im Strafrecht einer strengen Regelung unterzogen werden.

Hannes Hausbichler Inzest soll schlicht und einfach verboten bleiben. Was hinter dem Begriff „Neuordnung“ steht, werden die Wähler wohl erst nach der Wahl merken, daher klingt diese Ankündigung der Parlamentsparteien beängstigend – lieber keine Änderung, bevor krude Ideologen wieder pfuschen.

Hans-Georg Peitl Da es bis 1918 gerade durch Inzest (Inzucht) zu Behinderungen in adeligen Familien gekommen ist, sollte dies auch in Zukunft tunlichst vermieden werden.

Flüchtlingskrise und Integration

FLÜCHTLINGSKRISE

GLAUBE.at Welche Maßnahmen sind in der Flüchtlingskrise durch die österreichische und europäische Flüchtlingspolitik aus Ihrer Sicht zu treffen?

Sebastian Kurz Erfolgreiche Integration hängt stark von der Zahl der zu Integrierenden ab. So wie die Westbalkan-Route muss daher auch die Mittelmeer-Route geschlossen werden. Wir müssen sicherstellen, dass Flüchtlinge nicht illegal über das Mittelmeer bis nach Mitteleuropa kommen können. Das ist der einzige Weg, um das Schleppergeschäft zu unterbinden und das Sterben im Mittelmeer zu stoppen. Gleichzeitig wollen wir durch Resettlement-Programme und mehr Hilfe vor Ort den Menschen direkt helfen.

Christian Kern Klar ist, dass Europa diese Herausforderung gemeinsam bewältigen muss. Ich habe dazu gemeinsam mit Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil einen 7-Schritte-Plan vorgestellt. Es braucht ein gemeinsames europäisches Ayslsystem, einheitliche Asylverfahren und eine Lastenverteilung mit standardisierten Leistungen. Hierfür ist mein Vorschlag, Verfahrenszentren außerhalb der EU (z.B. im Niger) einzurichten. Dort sollen die Asylverfahren in Kooperation mit dem UNHCR nach Menschenrechtsstandards durchgeführt werden. Am wichtigsten ist aber die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Hilfe vor Ort.*****

Heinz-Christian Strache Die Europäische Union hat im Umgang und der Bewältigung der Migrationskrise komplett versagt. Es geht nicht darum, Migrationsströme besser zu verwalten und gerechter zu verteilen, sondern diese zu unterbinden und die aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa kommenden Fremden abzuschieben. Die FPÖ fordert eine rasche Schließung der Mittelmeerroute und steht für die Schaffung einer sogenannten „innerkontinentalen Fluchtalternative“, Asyl kann es nur mehr auf dem Kontinent geben, von dem die Migranten stammen.

Matthias Strolz Es braucht endlich eine gemeinsame Europäische Asylpolitik anstatt nationaler Abschottung und innenpolitischer Taktiererei, wie Panzer am Brenner auffahren zu lassen. Zusätzlich müssen Partnerschaften zwischen europäischen und afrikanischen Städten, die Flüchtlinge aufnehmen, beschlossen werden, sowie die Errichtung von Registrierzentren in Nordafrika im Rahmen von Partnerschaftsverträgen mit Staaten vor Ort geschaffen werden.

Ulrike Lunacek Grundsätzlich gilt es zwischen Asyl und Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Für Asylsuchende fordern wir ca. 30 mehr qualifizierte BeamtInnen, um einen qualitätsvollen Verfahrensabschluss innerhalb von 6 Monaten zu ermöglichen. Der Abschiebeschutz für Traumatisierte muss wiedereingeführt werden. Abschiebungen während laufendem Berufungsverfahren sollen unzulässig sein. Keine Lagerhaft für Neuankommende und Zugang zu einer unabhängigen Rechtsberatung während des Asylverfahrens. Eine aktive EU - Asylpolitik Österreichs im Sinne der Schaffung von verbindlichen, gemeinsamen Menschenrechtsstandards im Asylverfahren.*

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Flüchtlingskrise und Integration

FLÜCHTLINGSKRISE

GLAUBE.at Welche Maßnahmen sind in der Flüchtlingskrise durch die österreichische und europäische Flüchtlingspolitik aus Ihrer Sicht zu treffen?

Erwin Dünser Versuchen die Konflikte zu beenden. Die Hilfe muss verstärkt in den Flüchtlingsländern erfolgen.

Robert Marschall Friedenspolitik durch Neutralität und nicht durch die NATO-Angriffskriege. Man muß der USA klar machen, dass sie mit ihren Angriffskriegen Schuld an der ganzen Flüchtlingsmisere hat. D.h. auf globaler Ebene muß man eine Lösung mit den USA als Hauptverantwortlichen suchen. Durch einen EU-Austritt würde sich die Flüchtlingskrise in Österreich entschärfen. De facto kommen alle Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten. Bei den Konventionsflüchtlingen könnte sich Österreich wie früher im Rahmen der UNHCR freiwillig nach Möglichkeiten beteiligen. Migranten aus ökonomischen Gründen sind erst mal nicht zu berücksichtigen.*

Karl Schnell Für unsere Partei ist es primäre Aufgabe, den Flüchtlingen bereits vor Ort zu helfen und eine Situation in diesen Ländern zu schaffen, die eine Auswanderung unnötig machen.

Hannes Hausbichler Fluchtgründe statt Flüchtlinge bekämpfen. Klare Vermittlung an Schutzsuchende in aller Welt: Wir wollen armen Menschen helfen, doch in deren Ländern unter Achtung ihrer Kultur und Förderung ihres eigenen, selbstbestimmten Wirtschaftslebens.

Hans-Georg Peitl Da uns die Menschenrechtscharta 1948 das freie Niederlassungsrecht und allgemeine Arbeitsrecht gewährt, erscheint den Obdachlosen das Einwandern ins Sozialsystem erst nach 5 Jahren notwendig. Wir lehnen die Flüchtlingshilfe ab. Wir sind allerdings der Meinung, dass man das freie Niederlassungsrecht und allgemeine Arbeitsrecht auf ganz Europa ausdehnen müsste.

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Flüchtlingskrise und Integration

ASYLRECHT UND INTEGRATION

GLAUBE.at Welchen Stellenwert nimmt das Asylrecht und die Integration von Flüchtlingen für Ihre Partei ein?

Sebastian Kurz Integration ist uns als Volkspartei ein zentrales Anliegen. Mit der Einrichtung eines Staatssekretariats und danach eines Bundesministeriums für Integration haben wir den Stellenwert des Themas aufgewertet. Weiters haben wir der Integrationspolitik mit dem Konzept „Integration durch Leistung" eine positive Grundrichtung gegeben: Migrantinnen und Migranten sollen von der Gesellschaft auch die Chance dazu bekommen, in unserem Land etwas beizutragen und unsere Leitkultur zu akzeptieren.

Christian Kern Integration sehe ich als zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung. Wir haben die Verpflichtung, den ÖsterreicherInnen und den Menschen, die legal bei uns sind, eine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben zu geben. Menschen, die nach Österreich kommen, haben Rechte und Pflichten. Wer die Rechte in Anspruch nimmt, muss auch die Pflichten erfüllen. Deshalb haben wir bereits heuer das verpflichtende Integrationsjahr für AsylwerberInnen und Asylberechtigte eingeführt, um mit Kompetenzchecks, Sprachmaßnahmen, Arbeitstrainings und vielen weiteren Maßnahmen die Integration von Anfang an zu gewährleisten.

Heinz-Christian Strache Bekanntermaßen einen hohen Stellenwert. Die FPÖ bekennt sich zum Ziel, die Heimat, die autochthone Bevölkerung und damit die hiesige Leitkultur zu schützen. Natürlich bekennt sich die FPÖ dazu, aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen Verfolgten politisches Asyl zu gewähren, sofern sie nicht über ein sicheres Drittland ins Bundesgebiet eingereist sind. Asyl ist für uns Schutz vor Verfolgung, und zwar auf Zeit, nämlich bis zum Wegfall des Asylgrunds und keine Form der Zuwanderung für Wirtschaftsmigranten.

Matthias Strolz Das Asylrecht ist dafür da, dass Menschen, die vor Elend und Verfolgung fliehen, Schutz finden. Diese Menschen sollen solidarisch innerhalb der EU aufgenommen werden. Die Integration von Geflüchteten kann vor allem durch rasche Verfahren, frühen Zugang zum Arbeitsmarkt sowie einem verpflichtenden Integrationsjahr realisiert werden.

Ulrike Lunacek Die gesellschaftliche Inklusion von Flüchtlingen ist von besonderer gesellschaftlicher Relevanz, um das Entstehen von sozial ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen zu verhindern. So zu tun, als ob keine Flüchtlinge da wären und daher keine Inklusionsleistungen notwendig seien, vergrößert ausschließlich bestehende Probleme und trägt nichts zur Auflösung von gesellschaftlichem Konfliktpotential bei.

Flüchtlingskrise und Integration

ASYLRECHT UND INTEGRATION

GLAUBE.at Welchen Stellenwert nimmt das Asylrecht und die Integration von Flüchtlingen für Ihre Partei ein?

Erwin Dünser Steht auf der Prioritätenliste nicht an erster Stelle.

Robert Marschall Derzeit muss man die über 100.000 illegalen Scheinasylanten außer Landes schaffen, um Platz für echte Asylanten in Österreich frei zu machen. Derzeit braucht es einen Zuwanderungsstopp in Österreich. Echt Schutzbedüftigen ist Asyl zu gewähren, solange der Zustand, der den Fluchtgrund gegeben hat, aufrecht ist.

Karl Schnell Asyl hat mit Integration in keinster Weise etwas zu tun. Asylrecht ja – Integration nein.

Hannes Hausbichler So sehr wir es bedauern, doch es ist der falsche Weg, nur denjenigen wirtschaftlich Notleidenden zu helfen, welche stark genug waren, um den Weg über die Fluchtrouten zu überstehen. Die Schwachen in den Herkunftsländern bleiben nämlich auf der Strecke. Gerechte Hilfe setzt daher in den Herkunftsländern an. Menschen, welche nachweislich Schutz vor Verfolgung benötigen, soll durch Asyl geholfen werden. Diese Zahl ist gering und für Österreich bewältigbar, ebenso in Bezug auf deren Integration.

Hans-Georg Peitl Das Ziel der Obdachlosen in der Politik ist die Schaffung einer homogenen Gesellschaft in Österreich, zu welcher auch das Erlernen der europäischen Amtssprache Deutsch gehört. Wir geben daher selbst Deutschkurse.

Gesundheit und Pflege

GEWISSENSFREIHEIT

GLAUBE.at Religiöse Menschen empfinden ihren „Gewissensvorbehalt" im Gesundheitsbereich immer häufiger bedroht (z.B. durch drohenden Jobverlust bei der Weigerung, an Abtreibungen teilzunehmen). Welche Maßnahmen wird Ihre Partei zum Schutz der Gewissensfreiheit religiöser Menschen treffen?

Sebastian Kurz Die Gewissensfreiheit ist sowohl in Art. 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie durch eine Resolution des Europäischen Parlaments abgesichert. Auf nationaler Ebene ist in § 97 Strafgesetzbuch geregelt, dass niemand „wegen der Weigerung, einen solchen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen oder daran mitzuwirken, in welcher Art immer benachteiligt werden darf." Wir sehen in der jetzigen Regelung die Gewissensfreiheit ausreichend geschützt und setzen uns ausdrücklich für die Gewissensfreiheit ein.

Christian Kern Kein Arzt und keine Ärztin wird gegen seinen oder ihren Willen dazu gezwungen, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Für mich ist aber auch klar, dass die Möglichkeit für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch für jede Frau bestehen muss. Die SPÖ-Frauen setzen sich hier seit Jahren dafür ein, die Möglichkeit für Schwangerschaftsabbrüche in allen Bundesländern zu sichern.

Heinz-Christian Strache Der Schutz der Gewissensfreiheit muss bei der Berufsausübung durch den Arbeitgeber strikt eingehalten werden. Gegen den Willen eines Arbeitnehmers darf dieser aus Sicht der FPÖ nicht dazu gezwungen werden, an einer Maßnahme mitzuwirken, die seinem ethisch-religiösen Weltbild widerspricht.

Matthias Strolz Die derzeitige rechtliche Lage sieht vor, dass Ärzte das Recht haben, Behandlungen zu verweigern, die ihren religiösen Überzeugungen widersprechen. Unseres Erachtens sollten die Verantwortlichen vor Ort jedenfalls versuchen, Angestellte nicht wissentlich in einen Gewissenskonflikt zu drängen.

Ulrike Lunacek Die Gewissensfreiheit ist in Österreich nicht in Gefahr. Gewissensfreiheit kann aber nicht bedeuten, dass es einem Menschen freisteht, gesetzliche Verpflichtungen zu erfüllen oder nicht.

Gesundheit und Pflege

GEWISSENSFREIHEIT

GLAUBE.at Religiöse Menschen empfinden ihren „Gewissensvorbehalt" im Gesundheitsbereich immer häufiger bedroht (z.B. durch drohenden Jobverlust bei der Weigerung, an Abtreibungen teilzunehmen). Welche Maßnahmen wird Ihre Partei zum Schutz der Gewissensfreiheit religiöser Menschen treffen?

Erwin Dünser Gewissensentscheidungen müssen akzeptiert werden.

Robert Marschall Die Leute müssen wissen, was in ihrem Berufsbereich auf sie zukommt. Wenn sie dann etwas nicht wollen, ist das Verhandungssache mit ihrem Arbeitgeber (es gibt auch religiös ausgerichtete Arbeitgeber) oder sie kündigen. Niemand braucht sich mitschuldig machen.

Karl Schnell Gewissensvorbehalte religiöser Menschen sind zu respektieren, finden jedoch ihre Grenzen, wenn es um die Gefährdung der Gesundheit geht.

Hannes Hausbichler Der Hippokratische Eid ist aussgekräftig genug. Die Verweigerung nicht medizinisch indizierter Eingriffe wie Beschneidungen und Abtreibungen darf auf keinen Fall zu Nachteilen für Menschen mit Gewissen führen.

Hans-Georg Peitl Eigentlich erstaunlich, dass Sie gerade davon ausgehen, dass religiöse Menschen ihren Arbeitsplatz in Abtreibungskliniken suchen würden. Was allerdings die Abtreibung an sich betrifft: Ich finde eigentlich die Einstellung, das vergewaltigte Frauen die Kinder bekommen müssen, widerlich.

Gesundheit und Pflege

KINDER- UND PFLEGEGELD

GLAUBE.at Was unternimmt ihre Partei, um Familien steuerlich zu entlasten bzw. finanziell zu unterstützen, die ihre Kinder und pflegebedürftige Angehörige zu Hause betreuen und deswegen auf die Berufstätigkeit eines Partners verzichten?

Sebastian Kurz Gerade für jene Eltern, die sich um die Erziehung ihrer Kinder kümmern und gleichzeitig berufstätig sind, wollen wir diese Leistung besser anerkennen. Wir wollen ihnen in Zukunft von vornherein weniger wegnehmen. Wir schlagen daher z.B. einen Steuerbonus von bis zu 1.500 Euro für jedes Kind unter 18 Jahren vor, das in Österreich lebt und für das Familienbeihilfe bezogen wird. Für jedes Kind zahlt man damit als Familie bis zu 1.500 Euro weniger Steuern.

Christian Kern Eines ist klar: Pflege geht uns alle an. Um diese Pflege sicherzustellen, wollen wir einen Pflegegarantiefonds einrichten. Zusätzlich sollen hier auch noch Einnahmen aus einer Steuer auf Millionen-Erbschaften fließen, die die reichsten 2 bis 3 Prozent in Österreich betrifft. Mit diesen Einnahmen erhöhen wir die Qualität und geben den Menschen, was sie sich verdient haben – eine würdevolle und bedarfsgerechte Versorgung.

Heinz-Christian Strache Wir Freiheitliche haben ein Familienentlastungsmodell entwickelt, welches alternativ zur normalen Tarif-Besteuerung gewählt werden können soll. Das verbleibende Nettoeinkommen eines einzigen qualifizierten vollzeitbeschäftigten Familienangehörigen muss im Bedarfsfall ausreichen, um der ganzen Familie das Auskommen zu ermöglichen, denn Kinder dürfen zu keiner untragbaren finanziellen Belastung werden. Damit ist eine steuerliche Entlastung von bis zu 7.000 Euro im Jahr möglich.

Matthias Strolz Die Entscheidung, zuhause bei einem Kind zu bleiben, soll von beiden Elternteilen gefällt werden können, der Staat muss hier möglichst viel Freiheit bieten. Deshalb sind wir für eine Umgestaltung von Karenz und Kinderbetreuungsgeldes in einen gleichen, harmonisierten, individuellen Anspruch auf Familienzeit mit Familiengeld für jeden Elternteil. Pflegende Angehörige sollen zusätzlich unterstützt werden, etwa durch die Ausweitung der Sozialraumbudgets auf regionaler Ebene.

Ulrike Lunacek Die ökosoziale Steuerreform sieht einen Ökobonus für die Haushalte vor und entlastet diese nachhaltig. Doch der wichtigste Punkt bei der Betreuung von Angehörigen ist professionelle Unterstützung und qualitativ hochwertige Angebote. Das Pensionsmodell der Grünen sieht im Übrigen - zusätzlich zu einer Erwerbspension - eine Grundpension in der Höhe von € 890,- im Monat für alle Menschen, die das gesetzliche Pensionsalter erreichen, vor. Außerdem werden in Zeiten einer Partnerschaft erworbene Ansprüche auf eine Erwerbspension zusammengerechnet und jedem der betroffenen Personen zu je 50% gutgeschrieben.

Gesundheit und Pflege

KINDER- UND PFLEGEGELD

GLAUBE.at Was unternimmt ihre Partei, um Familien steuerlich zu entlasten bzw. finanziell zu unterstützen, die ihre Kinder und pflegebedürftige Angehörige zu Hause betreuen und deswegen auf die Berufstätigkeit eines Partners verzichten?

Erwin Dünser Müttergehalt, nach dem bewährtem Beispiel von Berndorf, ist nachweislich finanzierbar. Pflege stärker unterstützen.

Robert Marschall Familien zu entlasten bzw. finanziell zu unterstützen ist auf jeden Fall ein gutes Ziel. Wenn österreichisches Steuergeld nach einem EU-Austritt in Zukunft in Österreich bleibt, dann ist auch viel mehr Steuergeld für Soziales verfügbar.

Karl Schnell Familien, die Kinder und Pflegebedürftige zu Hause betreuen, sind von Seiten des Staates in jeglicher Hinsicht zu unterstützen - natürlich auch finanziell - und somit sind sie auch steuerlich zu entlasten.

Hannes Hausbichler Zumeist ist bei dieser Frage unter „Familie“ auch und besonders jede Form gemeint, in welcher der Vater der Kinder ausgeschlossen ist. Dies ist bei der Antwort schon sehr zu bedenken. Wir plädieren dafür, dass Väter und Mütter sich zu gleichen Teilen um ihre Kinder kümmern dürfen und dafür mit einer Teilzeittätigkeit von 30 Stunden pro Woche genug Zeit für Familie und Beruf haben. Somit erreichen wir eine stressfreie, ununterbrochene Erwerbstätigkeit für Frauen und Männer, lösen das Thema Frauenpensionen und Einkommen ebenso wie die augenblickliche, oft leidvolle Trennung der Väter von ihren Kindern.*

Hans-Georg Peitl Da die Obdachlosen in der Politik durch die Mehrversteuerung der Konzerne (10-prozentiger Einheitssteuersatz) allgemein darauf schaut, dass den Menschen mehr bleibt, vertreten wir die Auffassung, dass darüber hinaus das Kindergeld durchaus ausreichend ist.

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Glauben- und Gewissensfreiheit

RELIGIONSFREIHEIT

GLAUBE.at In welcher Form setzt sich Ihre Partei für Religionsfreiheit in Österreich und weltweit ein?

Sebastian Kurz In Österreich gibt es 16 anerkannte Religionsgemeinschaften. Wir blicken auf eine lange Tradition eines Miteinanders in Frieden und Respekt zurück. Fundament dieses Miteinanders ist das Recht auf freie Religionsausübung, für das wir uns auch weiterhin als Teil unserer Wertehaltung einsetzen werden. Klar ist aber auch, dass es keine falsche Toleranz geben darf, wenn sich religiöse Aktivitäten außerhalb des rechtlichen Rahmens abspielen und so etwa die Religionsfreiheit anderer einschränken.

Christian Kern Die Sozialdemokratie bekennt sich zum Recht auf freie Religionsausübung. Religion darf jedoch nicht zu politischen Zwecken missbraucht werden, ebenso wie Politik nicht für religiöse Ziele instrumentalisiert werden darf. Religions- und Meinungsfreiheit sind Grundwerte unserer Demokratie und gehören als solche bewahrt und geschützt.

Heinz-Christian Strache Die Religionsfreiheit ist ein Grundrecht. Die FPÖ wird sich auf allen Ebenen dafür einzetzen, dass Grund- und Freiheitsrechte nicht eingeschränkt werden. Dort wo die FPÖ direkt Einfluss nehmen kann, wird sie für die Religionsfreiheit sprechen. Jedoch stehen Verfassung und Gesetze in unserer säkularisierten Gesellschaft, die auf der Basis christlicher Werte, des Humanismus und der Aufklärung entstanden ist, über Dogmen von Glaubensgemeinschaften.

Matthias Strolz Das Prinzip der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, wie es in der Europäischen Menschenrechtskonvention steht, ist das Fundament in dieser Frage. Dabei ist die Gleichheit und Gleichbehandlung gegenüber allen Religionen und die weltanschauliche Neutralität des Staates allerdings fundamental. Damit schützen wir die Religionsfreiheit aller Gläubigen. International muss sich Österreich im Rahmen der UNO engagieren.

Ulrike Lunacek Als Partei der Menschenrechte ist die Religionsfreiheit für die Grünen ein unteilbarer Bestandteil des Grundwertekanons. Das Eintreten für Religionsfreiheit ist nicht vom Eintreten für unabdingbare individuelle Grund-, Freiheits- und Menschenrechte zu trennen. Da wir uns regelmäßig für allgemeine Geltung der Menschenrechte einsetzen - etwa auch mit unserem wöchentlichen öffentlichen Protest gegen die Inhaftierung des saudischen Bloggers Raif Badawi und für Menschenrechte und Meinungsfreiheit im arabischen Raum, den wir seit inzwischen 142 Wochen durchführen - treten wir auch für die Freiheit der individuellen Glaubensausübung ein.*

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Glauben- und Gewissensfreiheit

RELIGIONSFREIHEIT

GLAUBE.at In welcher Form setzt sich Ihre Partei für Religionsfreiheit in Österreich und weltweit ein?

Erwin Dünser Indem wir christliche Werte leben.

Robert Marschall Wir sehen Religionsfreiheit als verfassungsrechtlich geschütztes Gut, wollen nach einem EU-Austritt das wie in der österreichischen Bundesverfassung geregelt haben (ohne EuGH). Weltweit wollen wir uns für alle bei uns geltenden Grundrechte im Rahmen des Völkerrechts einsetzen. Kriminelle und Terroristen sollen sich aber nicht hinter einer Religion verstecken können. Der Deckmantel der Religion darf keine Straffreiheit bedeuten.

Karl Schnell Religionsfreiheit ist in Österreich ohnehin gegeben und wäre auch weltweit wünschenswert.

Hannes Hausbichler Religionsfreiheit ist eines der höchsten Güter dieses Staates, ebenso wie Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Sie ist von der Verfassung abwärts jedem Menschen als Grundrecht stets zu gewährleisten.

Hans-Georg Peitl Wer in die Petitionsplattform der Gemeinde Wien Einblick nimmt, findet von uns dort die Petitionen „Das Kreuz muss bleiben“ und „Stoppt das Nikolausverbot“. Der Kampf für die Religionsfreiheit nach Artikel 18 der allgemeinen Menschenrechtscharta 1948 ist uns also sehr wichtig.

Glauben- und Gewissensfreiheit

GLAUBENS- UND GEWISSENSFREIHEIT

GLAUBE.at Viele Menschen sehen die Glaubens- und Gewissensfreiheit in Österreich durch „Antidiskriminierungsmaßnahmen" sowie die Bekämpfung von „Hate Speech" in Gefahr. Was wird Ihre Partei gegen diese Gefahr unternehmen?

Sebastian Kurz Klar ist, dass die Freiheitsrechte des einen nicht dazu missbraucht werden dürfen, die persönlichen Rechte anderer einzuschränken. Der Schutz dieser persönlichen Rechte muss auch im Internet gelten. Hier muss mit höchster Sensibilität vorgegangen werden. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit muss jedenfalls gewahrt werden, sie soll aber nicht als Vorwand für persönliche Diffamierungen oder verhetzende Äußerungen herhalten.

Christian Kern Wir müssen im politischen Diskurs wieder zu einer respektvollen Gesprächskultur zurückkehren. Dazu gehört auch die Bekämpfung von Hasspostings, die mittlerweile mitbestimmender Faktor für Meinungsbildung und politische Debatten geworden sind. Hierbei geht es um strafrechtlich relevante Postings und Äußerungen, die Glaubens- und Gewissensfreiheit wird dadurch nicht bedroht sein.

Heinz-Christian Strache Gesetze, die unter dem Vorwand der Antidiskriminierung und Terrorbekämpfung beschlossen werden, dienen meist dazu, um politisch und gesellschaftlich unliebsame Meinungen entgegenzutreten. Es ist daher falsch, wenn die Regierung eine NGO, die eine stark ausgeprägte partei- und gesellschaftspolitische Ausrichtung hat, beauftragt, über das sogenannte „hate-spech" zu wachen.

Matthias Strolz Kein Mensch darf wegen seines Aussehens, seiner Hautfarbe, seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung oder seiner Religion diskriminiert werden. Wir sind diesen Menschenrechten verpflichtet und dazu gehört auch das Recht auf freie Meinungsäußerung innerhalb des Rahmens, dass sie nicht zur Diskriminierung missbraucht werden darf. Gerade deshalb ist die weltanschauliche Neutralität des Staates zentral.

Ulrike Lunacek Die Freiheit, andere Menschen zu beschimpfen, zu kränken und zu verletzen ist nicht Gegenstand der Gewissens- und Meinungsfreiheit. Wir können auch nicht erkennen, welche Glaubensrichtung durch das Verbot der Beleidigung und Beschimpfung anderer Menschen eingeschränkt sein soll. Es gehört schlichtweg zum Anstand, andere Menschen nicht zu beschimpfen, zu verletzen oder zu demütigen.

Glauben- und Gewissensfreiheit

GLAUBENS- UND GEWISSENSFREIHEIT

GLAUBE.at Viele Menschen sehen die Glaubens- und Gewissensfreiheit in Österreich durch „Antidiskriminierungsmaßnahmen" sowie die Bekämpfung von „Hate Speech" in Gefahr. Was wird Ihre Partei gegen diese Gefahr unternehmen?

Erwin Dünser Friedfertigkeit und Sanftmut in der Gesellschaft vorleben.

Robert Marschall Glaubens- und Gewissensfreiheit soll auch durch Meinungsfreiheit zum Ausdruck gebracht werden können. Bei Hasspredigern und Hetze gibt es aus unserer Sicht genügend gesetzliche Bestimmungen. Das Problem ist vielmehr die Umsetzung.

Karl Schnell Hass ist ein schlechter Ratgeber und somit völlig abzulehnen.

Hannes Hausbichler Wir geben Ihrer Fragesstellung recht: Die Meinungsfreiheit wird gefährdet, wenn unliebsame Äußerungen strafbar sein können. Wir lehnen die geplanten Restriktionen dieser Parlamentsparteien als Gefährdung der Freiheit der Menschen ab. Das Strafrecht sieht ausreichende Sanktionen gegen Ehrenbeleidigung und Nötigung vor.

Hans-Georg Peitl Genau genommen kenne ich ein deutlich älteres Gesetz, welches Hate Speech auch schon ausgeschlossen hat. Die goldene Regel. Das „Liebe Gott den Herrn, der alles gemacht hat und deinen Nächsten, wie dich selbst".

Gleichwertigkeit und Chancengleichheit

ABTREIBUNG

GLAUBE.at Abtreibung von gesunden Kindern sind bis zum 3. Monat straffrei, jene von (möglicherweise) behinderten Kindern bis zum Eintreten der Wehen. Dabei handelt es sich um die so genannte eugenische Indikation. Die Differenzierung zwischen gesunden und behinderten ungeborenen Kindern ist eine Diskriminierung und widerspricht der UN-Behindertenrechtskonvention. Wie steht Ihre Partei zur eugenischen (= embryo-pathischen) Indikation?

Sebastian Kurz Als Volkspartei stehen wir dafür ein, die Würde eines jeden Menschen uneingeschränkt zu achten und zu schützen. Die Möglichkeit, behinderte Kinder außerhalb der Fristenregelung bis zur Geburt abtreiben zu können, ist zu hinterfragen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil damit das Benachteiligungsverbot von behinderten Menschen in schwerer Weise missachtet wird. Wir wollen eine vorurteilsfreie Diskussion auf politischer Ebene, ob die Bestimmungen zur Spätabtreibung noch zeitgemäß sind.

Christian Kern Schwangerschaftsabbruch aufgrund von embryo-pathischer Indikation ist eine Entscheidung, die von der Schwangeren gemeinsam mit dem Arzt oder der Ärztin getroffen wird. Diese Entscheidung muss respektiert werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ist für mich in allen Punkten zu respektieren. Es besteht daher auch kein Grund für mich, die bestehende Regelung zu ändern.

Heinz-Christian Strache Die FPÖ lehnt die eugenische Indikation ab.

Matthias Strolz Fragen wie jene nach der eugenischen Indikation sind ethischer und moralischer Natur. Die derzeitig gültigen gesetzlichen Regelungen sind nicht zufriedenstellend. In den letzten Jahren hat sich sowohl der Zugang zu den Rechten behinderter Menschen geändert, als auch die medizinischen Diagnosemöglichkeiten. Deshalb sollte über eine Verkürzung der Fristen bei der eugenischen Indikation diskutiert werden.

Ulrike Lunacek Anstelle einer Verschärfung des strafrechtlichen Rahmens braucht es vielmehr Verbesserungen, z.B. eine umfassende Beratung in der Schwangerschaft, wenn eine Behinderung bekannt wird, damit sich Eltern auch für ein behindertes Kind entscheiden können. Ebenso wichtig ist eine bessere finanzielle und therapeutische Unterstützung, um Eltern das Leben mit einem behinderten Kind ohne Benachteiligung zu ermöglichen. Eine Grüne Forderung ist die Verlängerung der Mutterschutzfrist auf 12 Wochen nach der Geburt eines behinderten Kindes.

Gleichwertigkeit und Chancengleichheit

ABTREIBUNG

GLAUBE.at Abtreibung von gesunden Kindern sind bis zum 3. Monat straffrei, jene von (möglicherweise) behinderten Kindern bis zum Eintreten der Wehen. Dabei handelt es sich um die so genannte eugenische Indikation. Die Differenzierung zwischen gesunden und behinderten ungeborenen Kindern ist eine Diskriminierung und widerspricht der UN-Behindertenrechtskonvention. Wie steht Ihre Partei zur eugenischen (= embryo-pathischen) Indikation?

Erwin Dünser Abtreibung ist Mord. Ohne Ausnahmen.

Robert Marschall Weil letztendlich die Mutter/Eltern mit einem behinderten Kind klar kommen muss/müssen, sollte/n die Entscheidung nach eingehender Beratung Sache Mutter/Eltern treffen. Wenn man dies nicht zulässt, müsste immer der Staat „einspringen", und es darf bezweifelt werden, ob dies dem Kindeswohl guttut. Dies ist ein typisches Thema für eine Volksabstimmung.

Karl Schnell Was die Frage einer Diskriminierung der Abtreibung von gesunden und behinderten Kinder betrifft, ist anzumerken, dass es sich hier um eine äußerst sensible Frage handelt, die nicht die Parteien ohne Einbindung von Medizinern, Sozialethikern etc. treffen dürfen.

Hannes Hausbichler Jedes Kind gilt für uns als gesund, egal welches Handicap, denn niemand von uns ist ohne kleines Handicap geboren worden. Niemandem steht es daher zu, eine Bewertung abzugeben, welches Kind zuwenig „gesund" sei. Somit ist die gesamte eugenische Indikation eine Absurdität und schon aufgrund ihrer fehlenden Logik und der unklaren Grenzen abzuschaffen.

Hans-Georg Peitl Unter Umständen haben wir in einer früheren Frage den Eindruck hinterlassen, wir wären generell für Abtreibung. Dem ist nicht so. Es gibt genug Frauen, die gerne Kinder adoptieren würden. Für unsere Partei gibt es ausschliesslich Einzelfälle, wann abgetrieben werden kann: Vergewaltigung und medizinische Gefährdung der Mutter.

Gleichwertigkeit und Chancengleichheit

SCHWANGERE FRAUEN

GLAUBE.at Aus der Schwangerschaftskonfliktberatung ist bekannt, dass finanzielle Engpässe häufig für die Entscheidung eines Schwangerschaftsabbruch ausschlaggebend sind. Setzen Sie sich für die bundesweite Einführung eines Fonds für schwangere Frauen in Konfliktsituationen ein, um allen Frauen im Entscheidungsprozess Chancengleichheit zu ermöglichen, indem ihnen rasch und unbürokratisch die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden?

Sebastian Kurz Wir müssen jene Bedingungen schaffen, die das JA zum Kind erleichtern. Dazu zählen flächendeckende Beratungsstellen, die gezielt auf die Konfliktsituation der Betroffenen eingehen. Zudem ist es notwendig, familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen in Österreich weiter auszubauen, damit die Entscheidung für oder gegen das Kind nicht an finanziellen oder organisatorischen Hürden abhängig gemacht wird.

Christian Kern Ich möchte hier an zwei Punkten ansetzen. Ungewollte Schwangerschaften können nur durch gute Verhütung und Aufklärung verhindert werden. Für Frauen, die sich für eine Schwangerschaft entscheiden, ist es wichtig, Chancengerechtigkeit herzustellen. Etwa beim Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, beim Einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld oder der Umsetzung des zweiten Gratis-Kindergartenjahrs.

Heinz-Christian Strache Soziale Umstände dürfen niemals ein Grund dafür sein, dass sich eine werdende Mutter gegen das Leben eines Kindes entscheidet. Der Staat und die Gesellschaft haben hier jede finanzielle, personelle und organisatorische Unterstützung zu geben, dass einem Neugeboren eine Zukunft gegeben wird und der Mutter die Sorgen genommen werden.

Matthias Strolz Menschen sollen in ihrem Leben Entscheidungen aus freiem Willen und aus eigener, innerer Überzeugung treffen können. Das gilt insbesondere bei einer so schweren, teilweise lebenseinschneidenden Entscheidung. Wir als Gesellschaft haben die Pflicht, ausreichend Unterstützung und Beratung anzubieten, damit jede Frau zu einer informierten Entscheidung ohne äußeren Druck kommen kann.

Ulrike Lunacek Die Schaffung eines Schwangerenfonds ist eine wenig zielführende Maßnahme zur sozialen Absicherung von schwangeren Frauen in finanziellen Notlagen, weil sie bürokratisch komplex ist und zu langsam Wirkung entfalten kann. Außerdem ist das Abstellen auf Mittel ohne Rechtsanspruch kontraproduktiv und läuft Gefahr, selektiv und damit diskriminierend eingesetzt zu werden. Das Grüne Modell der bedarfsorientierten Grundsicherung hingegen ist gerade darauf angelegt, Menschen in ökonomischen Problemlagen sofort, unmittelbar und nachhaltig unter die Arme zu greifen.

Gleichwertigkeit und Chancengleichheit

SCHWANGERE FRAUEN

GLAUBE.at Aus der Schwangerschaftskonfliktberatung ist bekannt, dass finanzielle Engpässe häufig für die Entscheidung eines Schwangerschaftsabbruch ausschlaggebend sind. Setzen Sie sich für die bundesweite Einführung eines Fonds für schwangere Frauen in Konfliktsituationen ein, um allen Frauen im Entscheidungsprozess Chancengleichheit zu ermöglichen, indem ihnen rasch und unbürokratisch die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden?

Erwin Dünser Dieser Fond wäre erwünschenswert, und gibt es auf privater Basis.

Robert Marschall Es braucht viel mehr finanzielle Unterstützung der Mütter bzw Eltern. Das würde die Situation für alle Mütter massiv erleichtern. Es braucht keinen Fonds mit Verwaltungsaufwand, sondern grundsätzlich eine solide Finanzierung für Schwangere und ihr zukünftiges Baby.

Karl Schnell Von Seiten der Politik ist alles zu unternehmen, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht stattfinden. Jeder einzelne Abbruch ist einer zu viel.

Hannes Hausbichler Ist mit dieser Frage gemeint, dass wir Frauen bezahlen sollten, damit sie nicht abtreiben, obwohl wir Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag, Mindestsicherung für bedürftige Eltern und Kinder sowie Wohnbehilfe haben? Das zeigt nur: Die Diskussion um Abtreibung wird von allen Seiten her immer bizarrer, denn weder die Befürworter noch die Gegner denken auch nur im Ansatz daran, Frauen ebenfalls in die Verwantwortung zu nehmen. Wir sind überzeugt, dass Frauen und Männern in gleichem Maße Verantwortung nicht nur zuzumuten ist, sondern Verantwortung und Verpflichtungen sie erst richtig als mündige und erwachsene Menschen wertschätzen.*

Hans-Georg Peitl So lange die Schwangerschaft besteht, ja. Wenn es in einer Familie so finanziell eng zugeht, dass ein Kind nicht sicher groß gezogen werden könnte, empfehlen wir die Adoption.

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Kinder und Jugendliche

SEXUALERZIEHUNG

GLAUBE.at Der Erlass zur Sexualerziehung aus dem Jahr 2015 hat einen starken Fokus auf „Lust und Technik". Die Worte Liebe und Familie kommen darin kein einziges Mal vor. In Schulen wird neunjährigen Volkschülern Analsex erklärt und beschrieben, wie Sperma schmeckt. Wie beurteilen Sie den aktuellen Sexualerziehungserlass und wie stehen Sie zu einer gesetzlich garantierten Informationspflicht der Schule den Eltern gegenüber und die Freiwilligkeit schulischer Sexualerziehung?

Sebastian Kurz Der Sexerziehungserlass aus dem Jahr 2015 wurde von uns damals im Vorfeld stark kritisiert. Er wurde zwar abgeschwächt, geht aber dennoch mit dem Thema Sexualität bei Jugendlichen aus unserer Sicht nicht sensibel genug um.

Christian Kern Die von Ihnen zitierten Beispiele sorgen auch bei mir für Kopfschütteln und sind auch nicht in dem Erlass vorgesehen. Natürlich muss immer darauf geachtet werden, dass Sexualerziehung auch altersgerecht erfolgt. Ziel soll ein verantwortungsvoller und partnerschaftlicher Umgang mit Sexualität und eine Stärkung des Selbstbewusstseins junger Menschen sein. Das trägt auch dazu bei, Kinder und Jugendliche besser vor Missbrauch zu schützen, weil es ihnen leichter fällt, Vorfälle einzuordnen und darüber zu sprechen.

Heinz-Christian Strache Dazu hat sich bereits die FPÖ-Familiensprecherin Annelies Kitzmüller im Mai 2015 eindeutig geäußert: „Wir müssen die Familie und Kinder davor bewahren, dass sie bereits im Kindergarten und in der Volkschule mit sexuellen Vorlieben und Praktiken belästigt werden. Die Vermittlung sexueller Einstellungen und Sexualerziehung haben im Kindergarten gar nicht und in der Volksschule nur in geringen Dosen zu erfolgen. Es ist erschreckend, auf welche Ideen die ‚Unbildungsministerin' kommt, um ihre Ideologien bereits von klein auf an die Kinder zu bringen." Und weiter: „Eltern sollten ihre Kinder aufklären. Dieser sensible Bereich hat nicht vom Staat verordnet zu werden."

Matthias Strolz Sexuelle Bildung ist wichtig, weil sie Menschen ermöglicht, ein selbstbestimmtes und erfülltes (Liebes-)Leben zu führen. Vor allem aus frauenpolitischer Perspektive ist das ganz zentral – es geht hier um sexuelle Selbstbestimmung und die körperliche Integrität von Mädchen und Frauen (aber auch Burschen und Männern).

Ulrike Lunacek Die Fragestellung geht völlig an der Realität vorbei. Es wurde eine Handreichung für LehrerInnen ausgearbeitet, die ihnen helfen soll, auf konkret in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auftretende Situationen reagieren zu könne. Jede Darstellung, die nahelegt, es würde neunjährigen Kindern in der Volksschule Analverkehr erklärt oder mit ihnen der Geschmack von Sperma debattiert, steht in einem eklatanten Spannungsverhältnis zum achten Gebot.

Kinder und Jugendliche

SEXUALERZIEHUNG

GLAUBE.at Der Erlass zur Sexualerziehung aus dem Jahr 2015 hat einen starken Fokus auf „Lust und Technik". Die Worte Liebe und Familie kommen darin kein einziges Mal vor. In Schulen wird neunjährigen Volkschülern Analsex erklärt und beschrieben, wie Sperma schmeckt. Wie beurteilen Sie den aktuellen Sexualerziehungserlass und wie stehen Sie zu einer gesetzlich garantierten Informationspflicht der Schule den Eltern gegenüber und die Freiwilligkeit schulischer Sexualerziehung?

Erwin Dünser Diese Entwicklung ist ein Produkt aus der 68er Revolution und ist mit aller Vehemenz abzulehnen.

Robert Marschall Ein Problem ist, dass die Eltern immer öfter als Erzieher im herkömmlichen Sinn ausfallen und die Erziehung der Kinder auf die Schule abwälzen. Die Lehrer machen das dann so gut als geht, aber oft auch nur suboptimal. D.h. insgesamt muss das Ziel eine funktionierende Familie sein und nicht die komplette Abschiebung der Kinder in Krippen, Kindergärten und Schulen. Im Übrigen kennen wir den Erlass nicht.

Karl Schnell Die Worte Liebe und Familie sollten im Erlass zur Sexualerziehung aus dem SPÖ-Bildungsministerium mit Sicherheit Vorrang gegenüber Lust und Technik haben.

Hannes Hausbichler Der augenblickliche Trend in der Sexualerziehung ist sofort zu ändern. Kindern sind die biologischen Sachverhalte schonend und rücksichtsvoll zu erklären, mehr nicht. Die seltsamen Figuren, welche Vordenker des Trends der augenblicklichen Sexualerziehung waren, sind mit deren Inhalten politisch und öffentlich gründlich zu hinterfragen, anstatt sie noch hochzujubeln.

Hans-Georg Peitl Da die Obdachlosen in der Politik die Meinung vertreten, dass Sex der Familienplanung dient, sollte auch die Familie über die sexuelle Erziehung entscheiden können. Nicht die Schule.

Kinder und Jugendliche

PORNOGRAFIE

GLAUBE.at Medien transportieren immer stärker pornografische Inhalte. Insbesondere über neue Medien werden diese Kindern und Jugendlichen immer leichter zugänglich. Wie möchte Ihre Partei den Schutz für Kinder in den Medien erhöhen?

Sebastian Kurz Digitale Medien haben großen Einfluss auf die sexuelle Entwicklung von Heranwachsenden, was uns vor große Herausforderung stellt. Um Kinder und Jugendliche bestmöglich zu schützen, setzen wir auf einen verantwortungsvollen Umgang im Rahmen einer umfassenden Medienbildung. Das BMFJ hat dazu die Plattform „Medien Jugend Info" ins Leben gerufen, die zum Ziel hat, Jugendlichen und Erziehenden Medienkompetenz in ihrer gesamten Bandbreite zu vermitteln und zu fördern.

Christian Kern Heutzutage, wo fast jedes Kind mit einem Internetzugang zuhause aufwächst, ist es umso wichtiger, auch den richtigen Umgang mit diesen sogenannten neuen Medien zu vermitteln. Kritische Auseinandersetzung mit digitalen Inhalten gehört hier zu einer wichtigen Kernkompetenz, die wir unseren Kindern vermitteln müssen.

Heinz-Christian Strache Hier liegt eine großer Teil der Verantwortung auch bei den Eltern, ihre Kinder vor schädlichen Einflüssen des Internets zu schützen. Sie dürfen jedoch nicht alleine gelassen werden, sondern sind von staatlichen Institutionen sowie auch von Hard- und Softwareanbieter mit Programmen zu unterstützen. Heutzutage sollten Handys und PC's bei Verkauf an Kinder und Jugendliche vorprogrammierte Sperren für bestimmte für Kinder und Jugendliche schädliche Inhalte eingestellt sein. Bei PC's und Laptops und Programmanbietern gibt es schon diese Sperren.

Matthias Strolz Digitalisierung und neue Medien sind die große Chance unserer Generation, aber dafür muss unseren Kindern auch das Rüstzeug dafür gegeben werden. Deshalb braucht es das Fach Medienkompetenz schon in der Volksschule: digitale Kompetenz soll eine Kulturtechnik werden, so wie Lesen, Schreiben und Rechnen.

Ulrike Lunacek Die Werbeindustrie hat eigene Einrichtungen zur Wahrnehmung und zur Zurückdrängung sexualisierter Werbung geschaffen. Darüber hinausgehend besteht der effektivste Schutz vor sexualisierten und/oder pornographischen Inhalten darin, Kindern und Jugendlichen jene moralischen und intellektuellen Mittel in die Hand zu geben, die sie in die Lage versetzen, entwertende Darstellungen erkennen und entsprechend darauf reagieren zu können. Dazu wird es notwendig sein, die Realität ansprechen und entsprechende Fragen auch beantworten zu können. Nicht hilfreich wird es sein, die Realität zu ignorieren und diesbezüglich Debattenverbote zu erteilen.

Kinder und Jugendliche

PORNOGRAFIE

GLAUBE.at Medien transportieren immer stärker pornografische Inhalte. Insbesondere über neue Medien werden diese Kindern und Jugendlichen immer leichter zugänglich. Wie möchte Ihre Partei den Schutz für Kinder in den Medien erhöhen?

Erwin Dünser Alle Medien die sich daran beteiligen, muss die Presseförderung entzogen werden.

Robert Marschall Presseförderung für Zeitungen - z.B. mit Sexanzeigen und pornografischen Inhalten - streichen (z.B. der Kronenzeitung und Tageszeitung Österreich).

Karl Schnell Kinder und Jugendliche sollten via Medienrecht soweit wie möglich von pornografischen Inhalten fern gehalten werden. Auch den Eltern kommt hier eine große Aufgabe zu.

Hannes Hausbichler Kindersicherheit im Internet durch Verpflichtung für die Provider schaffen.

Hans-Georg Peitl Grundsätzlich empfinden es die Obdachlosen in der Politik auch schrecklich, dass immer mehr Familien die Kinder einfach vor den Computer und das Internet setzen, anstatt sich mit ihnen zu beschäftigen. Ansonsten aber haben die meisten Sexualseiten alleine schon aus Geschäftsgründen Gott sei Dank einen Passwortschutz.

Lebensschutz und Menschenwürde

EUTHANASIE

GLAUBE.at Unter dem Begriff „würdiges Leben - würdiges Sterben" wird zunehmend eine Euthanasie vorbereitet, die das „freiwillige Ausscheiden aus dem Leben" als edles Handeln verstehen soll. Die ältere Generation soll nicht durch Krankheit eine Belastung für die Gesellschaft, die überwiegend von den Jüngeren finanziert wird, sein. Welchen Schutz strebt Ihre Partei hier an, um auch älteren Menschen einen Lebensstandard zu ermöglichen, der trotz höherem medizinischem Aufwand lebenswert ist?

Sebastian Kurz Wir möchten den Menschen im Alter ein würdiges Leben ermöglich. Mit der Abschaffung des Pflegeregresses wurde ein wichtiger Schritt gesetzt, um finanzielle Risiken von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen abzusichern. Zudem müssen wir die Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen und deutliche Schritte der De-Regulierung setzen: Einfache Systeme im Bereich der Pflegebehelfe zählen ebenso dazu, wie eine Orientierung an modernen Lebenskonzepten im Hinblick auf die Pflegefreistellung.

Christian Kern Wir wollen einen Pflegegarantiefonds einrichten, der allen das Recht auf leistbare Pflege sichert. Denn Menschen, die im hohen Alter krank sind und leiden, haben ein Recht auf menschenwürdige und professionelle Betreuung. Diesen Menschen müssen wir eine Pflege garantieren, die sich an ihren körperlichen und seelischen Bedürfnissen orientiert.

Heinz-Christian Strache Das Sozial- und Gesundheitswesen hat jene Mittel zur Verfügung zu stellen, dass Menschen in Würde alt werden können. Euthanasie wird von der FPÖ strikt abgelehnt!

Matthias Strolz Ältere Menschen haben es verdient, dass sie ihren Lebensabend so verbringen können, wie sie es sich vorstellen. Im Krankheits- oder Pflegefall muss dafür gesorgt sein, dass es eine bestmöglichste Versorgung gibt. Gesellschaftlich muss deshalb das Gesundheits- und Pflegesystem so umgebaut werden, dass es auch in Zukunft leistbar und effizient bleibt.

Ulrike Lunacek Wesentlich sind der Vollausbau der Hospiz- und Palliativbetreuung und eine bestmögliche Suizidprävention. Erst wenn gewährleistet ist, dass leidende und schwerkranke Menschen medizinisch und zuwendungsorientiert bestmöglich betreut sind, kann erfasst werden, ob es trotzdem Menschen gibt, die aufgrund unerträglichen Leidens aus dem Leben scheiden wollen. Besonders wichtig ist auch die Absicherung gegen sozialen Druck. Alte und leidende Menschen sollen nicht das Gefühl haben müssen, ihrer Umgebung zur Last zu fallen.

Lebensschutz und Menschenwürde

EUTHANASIE

GLAUBE.at Unter dem Begriff „würdiges Leben - würdiges Sterben" wird zunehmend eine Euthanasie vorbereitet, die das „freiwillige Ausscheiden aus dem Leben" als edles Handeln verstehen soll. Die ältere Generation soll nicht durch Krankheit eine Belastung für die Gesellschaft, die überwiegend von den Jüngeren finanziert wird, sein. Welchen Schutz strebt Ihre Partei hier an, um auch älteren Menschen einen Lebensstandard zu ermöglichen, der trotz höherem medizinischem Aufwand lebenswert ist?

Erwin Dünser Euthansie ist abzulehnen.

Robert Marschall Durch einen EU-Austritt würde viel mehr Steuergeld in Österreich bleiben, das für soziale Zwecke eingesetzt werden sollte.

Karl Schnell Euthanasie wird von unserer Partei strikt abgelehnt.

Hannes Hausbichler Tötung ist und soll strafbar bleiben. Wir sollten uns vor allem darüber klar sein, dass wir durch die Entscheidungsmöglichkeit Angehöriger eine Lage schaffen würden, in der künftige Erben darüber entscheiden dürften, wann sie ihr Erbe antreten. Spätestens in solchen Situationen wird die unethische Seite des Themas erkennbar.

Hans-Georg Peitl Genau genommen reicht in diesem Zusammenhang die Aufklärung. Da die durchschnittliche Lebenserwartung derzeit in Österreich bei 65 Jahren liegt, das Pensionsalter derzeit durchschnittlich bei 62,5 und durch die EU auf 72 angehoben werden soll, erscheint uns hier die deutlich wesentlichere Frage zu liegen.

Lebensschutz und Menschenwürde

MENSCHENHANDEL

GLAUBE.at Welche Schritte erachten Sie als notwendig, um die Opfer von Menschenhandel in Österreich und in der EU besser zu schützen?

Sebastian Kurz Eine Reihe an Maßnahmen zum Schutz der Opfer wurden in Österreich und den meisten EU-Staaten bereits gesetzlich beschlossen, bei der Umsetzung in die Praxis besteht allerdings Raum für Verbesserungen. Darüber hinaus gibt es weiterhin einen großen Handlungsbedarf bei bewusstseinsbildenden Maßnahmen für die breite Öffentlichkeit sowie regelmäßige Schulungen für alle Akteure, die mit mutmaßlichen Opfern von Menschenhandel in Kontakt kommen könnten.

Christian Kern Um im Kampf gegen Menschenhandel Erfolg zu haben, ist ein umfassender Ansatz vonnöten. Europa muss hier gemeinsam agieren und die an MigrantInnen gerichteten Informationskampagnen in den Herkunfts- und Transitländern in Zusammenarbeit mit lokalen AkteurInnen und internationalen Organisationen intensivieren.

Heinz-Christian Strache Die FPÖ setzt sich für die Stärkung der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit ein, um Menschenhändler länderübergreifend zur Strecke zu bringen. Je schwerer die Form der Gewalt ist, desto schärfer muss die Sanktion sein. Dies gilt insbesondere für Gewalt in Verbindung mit Ausbeutung (etwa zur Bettelei, Organentnahme oder Prostitution). Die Strafdrohungen sind daher anzuheben. Opfer des Menschenhandels sollen möglichst rasch und einfach medizinische und psychologischen Betreuung sowie Behandlung erhalten. Diesbezüglich setzen wir uns auch für die Schaffung eines speziellen Opferfonds ein.

Matthias Strolz Menschenhandel ist eine moderne Form der Sklaverei, der Exekutive müssen deshalb die Werkzeuge und Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Verbrechen wie Menschenhandel auch wirksam bekämpfen zu können.

Ulrike Lunacek Der Schutz von Opfern von Menschenhandel ist auszuweiten. Derzeit ist ein Opferschutz nur vorgesehen, wenn das Opfer bereit ist, im Verfahren gegen die Täter oder Tätergruppen aktiv mitzuwirken. Diese Bestimmung blendet die Angst der Betroffenen vor Gewalt - etwa auch gegen Familienmitglieder - völlig aus und ignoriert somit deren Schutzbedürfnis. Opferschutz hat sich daher am Schutzbedürfnis der Betroffenen und nicht an ihrer Rolle in einem Verfahren zu orientieren.

Lebensschutz und Menschenwürde

MENSCHENHANDEL

GLAUBE.at Welche Schritte erachten Sie als notwendig, um die Opfer von Menschenhandel in Österreich und in der EU besser zu schützen?

Erwin Dünser Es sollte eine Anlaufstelle für diese Opfer geben.

Robert Marschall Es ist noch nicht lange her, seit der Abschaffung der Leibeigenschaft. Sklavenmärkte gibt es offensichtlich immer noch, vor allem im Bereich der Prostitution. Das Thema ist mit den offenen Grenzen besonders schwer in den Griff zu kriegen, weil man es hier mit gewaltbereiten ausländischen kriminellen Banden zu tun hat. Die Versklavten sind abhängig vom Verdienst. Sie werden an Leib und Leben bedroht (auch die Angehörigen). Abhilfe wird wohl nur mit einem intellegenten Mix aus Grenzkontrollen an Österreichs Staatsgrenze, ein hartes Strafrecht inklusive Mafia-Paragraphen, ausreichende Sicherheitspolizei uam. schaffen.

Karl Schnell Die Opfer von Menschenhandel in der EU besser zu schützen, ist wohl Angelegenheit der EU-Organe, die sich aber leider mit Lappalien wie Hausschnaps und Pommes Frites beschäftigen.

Hannes Hausbichler Kontrollen im Inland, die Szene ist hinlänglich bekannt.

Hans-Georg Peitl Auch wenn es heute in der christlichen Kirche durchwegs üblich ist, Prostitution grundsätzlich nur als Negativum zu betrachten, sollte man sich durchaus einmal bewusst machen, dass im Stammbaum Jesu mit Rahab auch eine Prostituierte zu finden ist. Außerdem war die Prostitution ursprünglich ein Tempeldienst. Für ein generelles Verbot wollen wir uns daher nicht aussprechen. Was allerdings notwendig wäre, wären mehr Anlaufstellen bei denen Menschen aus Zwangsprostitution eine Anlaufstelle finden.

Schutz für verfolgte Christen

SOLIDARITÄT

GLAUBE.at Soll Österreich als christlich geprägtes Land eine besondere Solidarität mit diskriminierten und verfolgten Christen in anderen Weltregionen zeigen?

Sebastian Kurz Der christliche Glaube und die christlichen Kirchen haben Europa und unser Land stark geprägt. Sie sind Teil unserer Identität und unserer Geschichte. Das ist etwas dessen wir uns bewusst und auf das wir auch stolz sein können. Daraus ergibt sich auch eine besondere Verantwortung für verfolgte religiöse Minderheiten und insbesondere Christen in anderen Teilen der Welt, die wir auch aktiv wahrnehmen.

Christian Kern Wir SozialdemokratInnen werden uns immer gegen Verfolgung und Diskriminierung einsetzen – egal, ob diese aufgrund von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit stattfindet.

Heinz-Christian Strache Das Christentum hat Europa über Jahrhunderte hinweg geprägt. Ohne Christentum gäbe es das sogenannte Abendland nicht. Ich verweise auf das Buch Christenverfolgung heute, 2. Auflage, das vom Freiheitlichen Bildungsinstitut herausgegeben wurde. Ja, Österreich hat die Verpflichtung mehr Solidarität mit verfolgten und diskriminierten Christen zu zeigen.

Matthias Strolz Menschen dürfen nicht aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Österreich ist eine Republik, die neutral gegenüber allen Religionen ist. Es soll sich für verfolgte Gruppen auf der Welt im Zuge der Möglichkeiten der internationalen Politik und Entwicklungszusammenarbeit einsetzen.

Ulrike Lunacek Als Partei der Menschenrechte ist die Religionsfreiheit für die Grünen ein unteilbarer Bestandteil des Grundwertekanons. Das Eintreten für Religionsfreiheit ist nicht vom Eintreten für unabdingbare individuelle Grund-, Freiheits- und Menschenrechte zu trennen.

Schutz für verfolgte Christen

SOLIDARITÄT

GLAUBE.at Soll Österreich als christlich geprägtes Land eine besondere Solidarität mit diskriminierten und verfolgten Christen in anderen Weltregionen zeigen?

Erwin Dünser Ja.

Robert Marschall Grundsätzlich braucht es derzeit einen Zuwanderungsstopp in Österreich und der Abschiebung von mehr als 100.000 illegalen Scheinasylanten. Das Asylrecht sollte sich auf Österreichs Nachbarländer beschränken. Anders kann das kleine Österreich die soziale Aufgabe bewältigen.

Karl Schnell Wir lehnen generell religiöse Diskriminierungen ab. In Österreich ist jedoch eine solche nicht zu erkennen. Das wäre weltweit wünschenswert.

Hannes Hausbichler Ja, Solidarität mit allen Menschen, welche aufgrund ihres Glaubens oder Ihrer Ansichten welcher Art auch immer verfolgt werden.

Hans-Georg Peitl Ja, aber nicht aus Gründen der christlichen Prägung, sondern weil dies die allgemeine Menschenrechtscharta des Jahres 1948 der Vereinten Nationen in Artikel 18 so vorsieht.

Schutz für verfolgte Christen

HILFE FÜR VERFOLGTE CHRISTEN

GLAUBE.at In welcher Form setzt sich Ihre Partei bzw. eine von Ihnen geführte Regierung für die Rechte verfolgter Christen sowie anderer religiöser Minderheiten ein?

Sebastian Kurz Unser Land hat eine lange Tradition humanitären Engagements. Ein besonderes Augenmerk legt Österreich hierbei auf den Schutz verfolgter Minderheiten, insbesondere Christen in den vom IS kontrollierten Gebieten. Darüber hinaus haben wir dem interreligiösen Dialog eine Plattform geboten. Daraus entstand etwa eine ‚Gemeinsame Erklärung zu Religionsfreiheit', in der sich religiöse Würdenträger klar für den Schutz religiöser Minderheiten und gegen Gewalt im Namen von Religion ausgesprochen haben.

Christian Kern Anmerkung der Redaktion: Keine Stellungnahme erhalten.

Heinz-Christian Strache Das Grundproblem ist die unkontrollierte Zuwanderungspolitik von SPÖ und ÖVP. Diese Bundesregierung hat mit Unterstützung der Grünen seit 2006 und speziell seit 2015 mit dem Zuzug von radikalen Islamisten verstärkt den Antisemitismus und auch die Intoleranz gegenüber dem christlichen Glauben importiert. Folgende Maßnahmen sind unumgänglich: Zuwanderer haben unsere Sprache zu lernen, wie auch die geltenden Gesetze, Sitten, Bräuche und Werte anzunehmen und zu respektiert. Nur mit einer Verschärfung der Integrationsvereinbarung und das Knüpfen der Erfüllung an staatliche Leistungen, kann der Wille zur Integration erhöht werden.*

Matthias Strolz Die Verfolgung von religiösen Minderheiten ist ein Verbrechen und darf nicht unbeantwortet werden. Wir stehen deshalb für eine aktive Außenpolitik als Teil der Europäischen Union und im Rahmen der internationalen Institutionen wie die UNO.

Ulrike Lunacek Da wir uns regelmäßig für allgemeine Geltung der Menschenrechte einsetzen - etwa auch mit unserem wöchentlichen öffentlichen Protest gegen die Inhaftierung des saudischen Bloggers Raif Badawi und für Menschenrechte und Meinungsfreiheit im arabischen Raum, den wir seit inzwischen 142 Wochen durchführen - treten wir auch für die Freiheit der individuellen Glaubensausübung, eben der Religionsfreiheit - ein.

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Schutz für verfolgte Christen

HILFE FÜR VERFOLGTE CHRISTEN

GLAUBE.at In welcher Form setzt sich Ihre Partei bzw. eine von Ihnen geführte Regierung für die Rechte verfolgter Christen sowie anderer religiöser Minderheiten ein?

Erwin Dünser Die Bevölkerung muss informiert und aufgerüttelt werden.

Robert Marschall Der Staat Österreich sollte keinen Handel mehr mit Diktaturen betreiben oder zulassen. Wenn das alle Demokratien so handhaben würden, dann wäre das ein enormer Druck auf diktatorische Länder. Eventuell würden solche System dann von innen her zerbrechen.

Karl Schnell Durch positive Einflussnahme und Überzeugungsarbeit der jeweiligen Regierung in den Ländern, wo es verfolgte Christen gibt.

Hannes Hausbichler Im Sinne der Allgemeinem Menschenrechte, welche wir mit vollem Einsatz befürworten und verteidigen.

Hans-Georg Peitl Bitte nicht böse sein. Gott sei Dank sind wir Christen bis heute noch keine religiöse Minderheit. Wir sind die stärkste Weltreligion. Das wir uns aber einsetzen würden braucht man nur in der Petitionsplattform der Gemeinde Wien („Das Kreuz muss bleiben“, „Stoppt das Nikolausverbot“) nachlesen.

Senioren und Altersvorsorge

ALTERSARMUT

GLAUBE.at Mit welchen politischen Maßnahmen möchte Ihre Partei die Altersarmut reduzieren bzw. verhindern?

Sebastian Kurz Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet und eingezahlt haben, müssen auch im Alter von ihrer Pension leben können. Erst kürzlich haben wir daher eine spürbare Erhöhung für kleine und mittlere Pensionen beschlossen. Gleichzeitig wollen wir auch in anderen Bereichen, wie beispielsweise der Pflege, ein Altern in Würde sicherstellen.

Christian Kern Die Seniorinnen und Senioren können sich auf mich verlassen – wer jahrelang gearbeitet hat, hat sich im Alter ein sicheres Auskommen verdient. Daher haben wir bereits vor der Wahl wichtige Punkte unseres Programms umgesetzt. Mit der Abschaffung des Pflegeregresses haben wir die ungerechte und unsoziale Enteignung beendet, die dazu geführt hat, dass man im Pflegefall alles verloren hat, was man sich ein Leben lang aufgebaut hat. Ich setze mich für eine Anrechnung der Kindererziehungszeiten bei der Berechnung der Beitragsjahre, Rechtssicherheit für Pensionen und ungekürztes Pflegegeld für schwerst behinderte Menschen ein.*

Heinz-Christian Strache Durch eine Mindestpension von 1.200,- Euro, eine jährliche Erhöhung der Pensionen auf der Grundlage des Pensionistenindex, eines ungehinderten Zugangs zum Pflegegeldes, einer dauerhaften Abschaffung des Pflegeregresses und eines kostenfreien Zugangs zu medizinischen Leistungen.

Matthias Strolz Menschen müssen auch im Alter sozial abgesichert werden. Durch das Model der Flexipension kann Altersarmut verhindert werden. Bei diesem System gibt es kein fixes Pensionsantrittsalter, sondern nur noch einen Korridor zwischen 61 und 69. Wer länger arbeitet, hat schlussendlich eine höhere Pension.

Ulrike Lunacek Die Grünen treten mit ihrem Grünen Pensionsmodell für eine Grundpension in der Höhe von € 890,- im Monat für alle ab Erreichen des gesetzlichen Pensionsantrittsalters ein. Dazu kommt eine Erwerbspension aus den im Zuge eines Erwerbslebens entrichteten Beiträgen. Damit ist sichergestellt, dass es keine finanzielle Altersarmut geben kann. Darüber hinaus bedarf es aber auch noch anderer Maßnahmen wie etwa eines Rechtsanspruchs auf Pflege und Betreuung.

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Senioren und Altersvorsorge

ALTERSARMUT

GLAUBE.at Mit welchen politischen Maßnahmen möchte Ihre Partei die Altersarmut reduzieren bzw. verhindern?

Erwin Dünser Es muss eine Anlaufstelle für solche Menschen geben.

Robert Marschall EU-Austritt. Österreichisches Steuergeld muß in Österreich bleiben, dann gibt es viel mehr Steuergeld für Soziales.

Karl Schnell Wir haben ein eigenes Manifest erarbeitet, um unsere ältere Generation ein Altern in Würde zu ermöglichen. Wir wollen alle politischen Maßnahmen setzen, damit es keine Altersarmut mehr gibt, da wir der älteren Generation unseren Wohlstand zu verdanken haben. Besonders bei den Frauen, die ja durch die Kindererziehung bzw. geringfügige Beschäftigung fehlende Versicherungsjahre haben, ist hier gesetzlich Nachholbedarf gegeben.

Hannes Hausbichler 1. Durch lebenslange Bildung als Ersatz für unser veraltetes „Einmal- und nimmer-wieder"-Bildungssystem: Kürzung der ersten Bildungsphase, dafür Stipendien und der Aufbau eines Bildungssystems. So können sich Menschen lebenslang flexibel fortbilden und weiterqualifizieren. 2. durch ununterbrochene Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter, verbunden mit dem Recht auf gleichteiliges Familienengagement. 3. Als Bedingung für 1. und 2.: Die 30-Stunden-Woche. Lohnausgleich ist gar nicht notwendig.*

Hans-Georg Peitl Durch die Schaffung eines 10 prozentigen Einheitssteuersatzes und die Einführung der gemeinnützigen Industrie, Steuerentlastungsvereine auf Basis von Patenten. Die Finalproduktion auf Basis der Patente ist exportfördernd. Wir wollen nicht nur die Armut der älteren Bevölkerung, sondern auch jene der 2.100.000 Menschen an der Armutsgrenze beenden.

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Senioren und Altersvorsorge

PERSONAL IN ALTENPFLEGE

GLAUBE.at Was tun Sie für das Personal in der Altenpflege, das immer mehr Arbeit mit weniger Pflegeminuten bewältigen muss?

Sebastian Kurz Pflegekräfte und pflegende Angehörige, die täglich für andere Menschen im Einsatz sind, verdienen nicht nur mehr Wertschätzung von der Gesellschaft, sondern brauchen auch gezielte Unterstützung. Wir wollen daher zeitraubende Bürokratie abbauen, um sie zu entlasten und die Betreuung wieder in den Mittelpunkt zu stellen.

Christian Kern Klar ist, dass wir mehr professionelle Pflege brauchen und Lücken, wo sie bestehen, schließen müssen. Wir werden bis 2022 eine Milliarde Euro mehr in Pflegeberufe und Qualität investieren. Durch gezielte Förderung von regional vorhandenen Pflegeeinrichtungen vermitteln wir qualifizierte arbeitssuchende Personen und entlasten somit vorhandenes Personal und pflegende Angehörige.

Heinz-Christian Strache Das Pflegepersonal muss sozial und arbeitsrechtlich abgesichert werden, d.h. Qualitätspflege muss auch so bezahlt werden, darüber hinaus ist im Bereich der Arbeitszeiten und der Berufslaufbahnbegleitung auf die besondere Belastung der Pflegekräfte Rücksicht zu nehmen.

Matthias Strolz Pflegendes Personal verrichtet eine immens wichtige Arbeit für die Gesellschaft und muss aufgewertet werden - durch bessere Ausbildung, mehr Wertschätzung und attraktivere Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus muss das Pflegesystem im Rahmen der Gesundheitsversorgung mitgeplant werden.

Ulrike Lunacek Wir treten für bundeseinheitliche Qualitätsstandards ein, die sich am Bedarf der Menschen und nicht jenen der Bürokratie orientieren muss. Außerdem muss es einen einheitlichen Mindestpersonalschlüssel geben. Beide Positionen machen wir regelmäßig zum Gegenstand von Anträgen.

Senioren und Altersvorsorge

PERSONAL IN ALTENPFLEGE

GLAUBE.at Was tun Sie für das Personal in der Altenpflege, das immer mehr Arbeit mit weniger Pflegeminuten bewältigen muss?

Erwin Dünser Die Pflegearbeit zuhause muss aufgewertet werden.

Robert Marschall Auch hier: EU-Austritt. Österreichisches Steuergeld muss in Österreich bleiben, dann gibt es viel mehr Steuergeld für Soziales.

Karl Schnell Durch das zum Glück stetige Steigen des Alters unserer Bevölkerung, hat natürlich die Pflege alter Menschen immer mehr Bedeutung. Vor allem sollten jene Menschen finanziell unterstützt werden, die ihre älteren Angehörigen zu Hause pflegen.

Hannes Hausbichler Mehr Leute einsetzen. Zusätzliche Ressourcen können genau durch die Beantwortung der Frage 12.1. gewonnen werden, denn die Menschen arbeiten über längere Zeit im Leben. Zusätzlich entspricht die 30-Stunden-Woche den Pflegeberufen ohnehin besser.

Hans-Georg Peitl Die Ausbildung in diesem Bereich forcieren. Es scheint ja ein Bereich zu sein, der in Richtung Vollbeschäftigung führt.

Sicherheit und Kriminalität

SICHERHEITSMASSNAHMEN GEGEN TERROR

GLAUBE.at Es wird viel über Terror berichtet, gesprochen und diskutiert. Welchen Beitrag würden Sie dafür leisten, dass die Sicherheit in unserer Gesellschaft trotz der neuen Bedrohungen weiterhin aufrechterhalten werden kann, ohne bloß das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken?

Sebastian Kurz Sicherheit für seine Bevölkerung zu garantieren ist eine Grundaufgabe des Staates. Wir müssen daher die Polizei, aber auch das Bundesheer leistungsfähiger machen und mit den notwendigen personellen, rechtlichen und materiellen Möglichkeiten versehen. Darüber hinaus müssen auch unsere Fähigkeiten in der Prävention gestärkt werden. Es ist unser Ziel, das vom Innenministerium erarbeitete Sicherheitspaket daher schnellstmöglich umzusetzen.

Christian Kern Um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden, müssen wir investieren. Es braucht ein modernes Sicherheitsmanagement, das anhand der tatsächlichen Anforderungen erstellt wird. Mein Ziel ist es daher, dass 2.500 PolizistInnen mehr auf unseren Straßen nach dem Rechten sehen. Ich habe diese wichtige Forderung auch zur Koalitionsbedingung für eine nächste Regierung gemacht. Weitere wichtige Ziele sind transparente Personalzuteilung, eine durchdachte Planung, die regionale, räumliche und sicherheitskritische Besonderheiten wie Kriminalitätsrate, Aufklärungsrate, Einsatzwege oder nahe Staatsgrenzen berücksichtigt.

Heinz-Christian Strache Die Erhöhung der Polizeipräsenz, überwachte Grenzen – damit nicht wieder, wie beim unkontrollierten Einlass von Wirtschaftsmigranten seit 2015, Terroristen ungehindert nach Österreich kommen können, eine Überwachung von islamischen Schulen, Zentren und Moscheen, da diese für Radikalisierungsaktivitäten genutzt werden. Grundrechte, wie zB das Recht auf Freiheit oder die Meinungsfreiheit, dürfen nicht auf dem Altar einer vorgeschobenen Terrorbekämpfung geopfert werden. Wir wollen keinen Polizeistaat mit Generalverdacht gegen alle Bürger!

Matthias Strolz Die Anschläge in europäischen Städten in den letzten Monaten haben gezeigt, dass die Attentäter fast immer bereits amtsbekannt waren, aber durch das Sicherheitsnetz geschlüpft waren. Die wichtigste Maßnahme ist daher eine bessere Vernetzung zwischen Polizei und Nachrichtendienste, sowohl in Österreich als auch in der EU und international um mögliche Attentäter frühzeitig zu stoppen.

Ulrike Lunacek Etablierung einer bundesweiten Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Extremismus mit gleichwertiger Aufteilung in Präventionsmaßnahmen, sicherheitspolitische Maßnahmen und aktive Deradikalisierung. Prävention und Deradikalisierungsmaßnahmen müssen deutlich ausgebaut und finanziert werden, um extremistische Gewalttaten möglichst schon im Vorhinein zu verhindern. Denn jeden Cent, den wir jetzt in die Verhinderung von Radikalisierung stecken, müssen wir nachher nicht in Anschlagsverhinderung, Strafverfolgung und Deradikalisierung investieren.

Sicherheit und Kriminalität

SICHERHEITSMASSNAHMEN GEGEN TERROR

GLAUBE.at Es wird viel über Terror berichtet, gesprochen und diskutiert. Welchen Beitrag würden Sie dafür leisten, dass die Sicherheit in unserer Gesellschaft trotz der neuen Bedrohungen weiterhin aufrechterhalten werden kann, ohne bloß das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken?

Erwin Dünser Die Polizei muss personell verstärkt werden.

Robert Marschall Grenzschutz an der österreichischen Staatsgrenze. Zuwanderungsstopp. Abschiebung von illegalen Ausländern in Österreich.

Karl Schnell Unsere Partei spricht sich eindeutig für die Sicherung der Grenzen und eine Stärkung und finanziell bessere Ausstattung der Polizei und Sicherheitsdienste in Österreich aus. Weiters ist auf allen politischen Ebenen gegen Radikalismus-, und Terrorgefahr präventiv vorzugehen.

Hannes Hausbichler Energisches Auftreten der Republik Österreich, doch unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Überwachung der Radikalen Szene in den Bereichen Islamismus, Rechts- und Linksextremismus, und sofortiges Einschreiten bei Straftaten.

Hans-Georg Peitl Erstaunlich eigentlich, dass man sich in Österreich über den Schwund an Sicherheit beschwert in der Folge aber weder die Grenzen mit Printscannern überwacht, noch den Kontakt zur IGGÖ, der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, nutzt.

Sicherheit und Kriminalität

DATENSCHUTZGESETZ

GLAUBE.at Welche Änderungen planen Sie in unserem Datenschutzgesetz, um die Arbeit unserer Exekutive zu erleichtern sowie diese besser zu schützen? (Bitte gehen Sie bei Ihrer Antwort konkret auf folgende Punkte ein: Dashcams in Funkwägen, Videoüberwachung in Parteiräumen der Polizeiinspektionen, Einsatz von Body-Cams ohne verbale Vorankündigung)

Sebastian Kurz Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie, die ihren Bürgern Sicherheit gibt, aber auch deren Freiheitsrechte achtet. Daher unterstützen wir den Aufbau eines vernetzten Videoüberwachungssystems, das öffentliche und private Kameras inkludiert. Auch eine rechtsstaatlich abgesicherte Nachfolgeregelung der früheren Vorratsdatenspeicherung ist aus unserer Sicht notwendig, um unsere Behörden mit maßvollen aber notwendigen Instrumenten ausstatten, um Terror und schwerste Verbrechen aufklären zu können.

Christian Kern Als Mitgliedsland der Europäischen Union sind wir an die Datenschutzgrundverordnung gebunden, die im Mai 2018 in Kraft treten wird. Nur allfällige Öffnungsklauseln können wir verändern. Spezifische Datenschutzbestimmungen, wie etwa für gewisse polizeiliche Datensammlungen, müssen im Sicherheitspolizeigesetz direkt bei der Maßnahme selbst geregelt werden. Videoüberwachungen stehe ich grundsätzlich positiv gegenüber. Wichtig ist mir aber, dass diese verhältnismäßig bleiben und nicht über ihr Ziel hinausschießen.

Heinz-Christian Strache Keine, da wir der Form der uneingeschränkten öffentlichen Videoüberwachung sehr skeptisch gegenüberstehen. Bei speziellen Einsätzen wie Demonstrationen wird von der Videoüberwachung bereits Gebrauch gemacht.

Matthias Strolz Es ist gut, dass Polizisten mit Bodycams ausgestattet wurden. Es geht hier um den Schutz der Beamten und der beamtshandelten Bürger. Die Idee einer generellen Aktivierung der Bodycams während Amtshandlungen ist unterstützenswert. Gleiches gilt für Videokameras in Parteiräumen der Polizei. die Verwendung des Materials muss aber dem Datenschutz entsprechen. Im Falle von Dashcams in Funkwägen ist das Risiko zu groß, dass unbeteiligte Personen und Fahrzeuge miterfasst werden.

Ulrike Lunacek Wir sind überzeugt, dass erstklassige Ausbildung, insb. in Deeskalation, die Grundlage für erstklassige und bürgernahe Polizeiarbeit und die Sicherheit unserer Polizisten ist. Bzgl. der Einführung von Body-Cams fordern wir die weitere Evaluierung bisheriger Versuche durch unabhängige ExpertInnen zur Erhebung belastbarer Daten als Grundlage für weitere Maßnahmen. Jedenfalls ist das Recht auf Datenschutz aller Beteiligten zu wahren. Die Einführung von Dash-Cams lehnen wir aus datenschutz- und persönlichkeitsrechtlichen Gründen ab. Ebenso den Einsatz von Body-Cams ohne verbale Vorankündigung.

Sicherheit und Kriminalität

DATENSCHUTZGESETZ

GLAUBE.at Welche Änderungen planen Sie in unserem Datenschutzgesetz, um die Arbeit unserer Exekutive zu erleichtern sowie diese besser zu schützen? (Bitte gehen Sie bei Ihrer Antwort konkret auf folgende Punkte ein: Dashcams in Funkwägen, Videoüberwachung in Parteiräumen der Polizeiinspektionen, Einsatz von Body-Cams ohne verbale Vorankündigung)

Erwin Dünser Der Datenschutz sollte erhalten werden.

Robert Marschall Die Arbeit der Polizei ist bestmöglich zu unterstützen, sofern nicht unangemessen in die Privatsphäre der Bürger eingegriffen wird.

Karl Schnell Grundsätzlich sind alle Änderungen sinnvoll und zu begrüßen um die Arbeit unserer Exekutive zu erleichtern bzw. sie besser zu schützen. Also ein JA für ihre 3 Punkte.

Hannes Hausbichler Videos stellen nicht nur einen Vorteil für die Arbeit der Sicherheitskräfte dar, sondern sind ebenso ein großer Vorteil zum Schutz der Bürger vor Willkür. Die Daten sind so verschlüsselt zu speichern, dass jeder Mensch, welcher aufgenommen wurde, ein Recht zur Zustimmung hat, bevor sie überhaupt eingesehen werden können.

Hans-Georg Peitl Alle diese Maßnahmen sind internationaler Standard und können nur für Menschen zum Problem werden, die etwas zu verbergen haben.

Umwelt und Klimaschutz

UMWELTFREUNDLICHER VERKEHR

GLAUBE.at Wird in Ihrem Regierungsprogramm der Entwicklung eines klimaneutralen öffentlichen und privaten Verkehrsnetzes Vorrang gegeben?

Sebastian Kurz Für ein innovatives und klimaneutrales Verkehrssystem liegt besonders in digitalen Formen der Mobilität großes Potential. Carsharing und Mitfahrbörsen sind nur zwei mögliche Anwendungsbereiche. Auch eine intelligentere Steuerung von Verkehr, z.B. durch Ampelregelungen, die situationsangepasst einen flüssigeren Verkehr ermöglichen, muss forciert werden . Außerdem sollen durch die Einführung eines „Österreich-Tickets" Anreize für die Verwendung des öffentlichen Verkehrs geschaffen werden.

Christian Kern Das Verkehrsnetz weitestgehend klimaneutral zu gestalten, ist natürlich eine wichtige Herausforderung für die kommenden Jahre. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, vor allem im ländlichen Raum, ist eine Aufgabe die ich mir für die nächsten Jahre gesetzt habe. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Ausbau alternativer Kraftstoffe. Ich möchte, dass Österreich Vorreiter in Sachen E-Mobilität wird.

Heinz-Christian Strache Die Zukunft Österreichs insbesondere als Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort hängt von einer leistungsfähigen Infrastruktur ab. Maßnahmen und Technologien, die sich positiv auf die Umwelt auswirken sind selbstverständlich zu bevorzugen, wobei aber nicht von vorne herein und nicht in jedem Fall der öffentliche Verkehr umweltfreundlicher sein muss. Die FPÖ bekennt sich zum Individualverkehr. Schikanen, steigende Kosten und künstliche Behinderungen stehen dem Recht auf individuelle Mobilität entgegen und sind abzubauen. Neue Technologien ermöglichen in immer höherem Ausmaß eine umweltschonende Nutzung individueller Verkehrsmittel.*

Matthias Strolz Der Klimawandel ist die wohl größte Herausforderung der Menschheit in diesem Jahrhundert. Es gibt im Verkehr zu viele Anreize, die zu umweltschädigendem Verhalten und Marktverzerrungen führen. Deshalb muss die Autobahnvignette auf ein kilometerabhängiges Mautsystem umgestellt werden. Zusätzlich soll eine CO2-Steuer auf den Verbrauch fossiler Energieträger eingeführt werden, dafür kann die Lohnsteuer um den selben Faktor gesenkt werden.

Ulrike Lunacek Klimaschutz ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Grünen. Es versteht sich von selbst, dass klimaneutrale Mobilität im Mittelpunkt steht.

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Umwelt und Klimaschutz

UMWELTFREUNDLICHER VERKEHR

GLAUBE.at Wird in Ihrem Regierungsprogramm der Entwicklung eines klimaneutralen öffentlichen und privaten Verkehrsnetzes Vorrang gegeben?

Erwin Dünser Das öffentliches Verkehrsnetz hat Priorität.

Robert Marschall Ja, z.B. Verlagerung des innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene. Das erspart viel Lärm, Abgase, Unfallgefahren.

Karl Schnell Die Mobilität der Menschen ist auch in Zukunft wichtig. Überall wo es möglich ist, ist das klimaneutrale Verkehrsnetz dem privaten Verkehrsnetz Vorrang zu geben. Doch ist dies in entlegenen Gebieten leider nicht immer möglich.

Hannes Hausbichler Die Männerpartei steht für eine globale, umfassende Sichtweise. Zu allererst ist der weltweite Klimaschutz Ziel einer effektiven Umweltpolitik, damit wir nicht die Baumhütte löschen, während das ganze Haus lichterloh brennt. Österreich soll daher nicht nur sich, sondern andere Staaten beim Klimaschutz fordern und fördern. Nicht nur der Verkehr, sondern ebenfalls Industrie und Hausbrand sind in die Betrachtung einzubeziehen. Der Verkehr soll in vernünftigen Schritten zunehmend schadstofffreier werden, ohne sich naiv auf Trends zu stürzen, welche in Summe nichts bringen außer Showeffekte.

Hans-Georg Peitl Ja. Aber nicht aus Gründen des Kyoto-Protokolls. Sich mit Zahlungen von Umweltschutz freikaufen zu können, davon halten wir nichts.

Umwelt und Klimaschutz

NACHHALTIGKEIT

GLAUBE.at Wird sich Ihre Regierung darum bemühen, regionale Klein- und Mittelbetriebe stärker zu fördern, um so unnötige und umweltschädliche Transportwege abzukürzen? Falls ja, wie?

Sebastian Kurz Uns ist es ein Anliegen, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen Österreichs sicherzustellen. Neben der generellen Förderung unserer KMUs müssen wir den ländlichen Raum stärken, indem wir die Chancen der Digitalisierung nutzen und die Versorgungssicherheit gewährleisten. In den Regionen braucht es eine engere Kooperation zwischen Leitbetrieben und Schulen. Auch die Verlagerung einzelner Bundesbehörden in die Regionen soll für neuen Konsum- und Wachstumsschub sorgen.

Christian Kern Die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben ist mir ein riesengroßes Anliegen. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. KMU stehen daher im Zentrum meines politischen Handelns. Ich möchte für leistungsgerechte Steuern sorgen und bürokratische Hindernisse auf ein Notwendiges reduzieren. In Zukunft sollen Unternehmen besser bei der Entgeltfortzahlung unterstützt werden, denn gerade für Kleinstbetriebe kann eine Erkrankung oder ein Arbeitsunfall eines Mitarbeiters existenzbedrohend sein. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Abschaffung des Selbstbehalts beim Arztbesuch, von dem Selbstständige noch immer betroffen sind.

Heinz-Christian Strache Die Förderung der regionalen KMUs ist uns nicht zuletzt im Sinne der Stärkung der Nahversorgung und der Verkürzung von Transportwegen ein Anliegen. Dazu bedarf es unter anderem einer nachhaltigen Entbürokratisierung, Erleichterungen bei Betriebsübergaben, Vereinfachungen bei Genehmigungsverfahren (Stichwort: One-Stop-Shop) sowie steuerlicher Maßnahmen wie die Wiedereinführung von Investitionsfreibeträgen oder die Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1000 Euro.

Matthias Strolz Vor allem durch eine CO2-Steuer werden möglichst kurze Transportwege attraktiver, regionale Klein- und Mittelbetriebe haben dadurch einen Standortvorteil und können davon profitieren.

Ulrike Lunacek EPUs und KMUs sind als wichtige Standbeine des Wohlstands in Österreichs flächendeckend absichern. Wir treten für eine wirksame Entlastung des Faktors Arbeit durch eine ökosoziale Steuerreform ein. Wichtig sind aus unserer Sicht auch spezielle Förderschienen für KMUs, wenn diese im Sinne von weniger Ressourcenbedarf und Regionalität mit Partnern aus der Region in Zukunftsfelder wie Energie-, Umwelt- oder Klimatechnologie investieren. Schließlich wollen wir den Ersatz des Billigst- durch das Bestbieterprinzip im Vergabewesen durchsetzen.

Umwelt und Klimaschutz

NACHHALTIGKEIT

GLAUBE.at Wird sich Ihre Regierung darum bemühen, regionale Klein- und Mittelbetriebe stärker zu fördern, um so unnötige und umweltschädliche Transportwege abzukürzen? Falls ja, wie?

Erwin Dünser Klein- und Mittelbetriebe sind gegenüber Großunternehmen steuerlich benachteiligt. Dieser Unterschied muss beseitigt werden.

Robert Marschall EU-Austritt und Grenzkontrollen ermöglichen Regionalisierung statt Globalisierung. Der unfaire internationale Wettbewerb zerstört die Klein- und Mittelbetriebe Österreichs. Bei offenen, unkontrollierten Staatsgrenzen verlagern sich die Produktionsstätten in Länder mit den geringsten Sozial- und Umweltstandards. Das wollen wir verhindern. Wir wollen gute Arbeitsplätze in Österreich behalten und schützen.

Karl Schnell Selbstverständlich sollen regionale Klein-/ und Mittelbetriebe stärker unterstützt werden. Mittelstand statt Globalisierungswahn! Auf alle Fälle gehören regionale Klein- und Mittelbetriebe stärker gefördert. Unnötige und umweltschädliche Transportwege zu vermeiden wäre Aufgabe der EU-Organe.

Hannes Hausbichler Klein- und Mittelbetriebe sind das Lebenselixier für Österreich. Wenn wir sie von Schikanen und Auflagen, wie der Belegerteilungspflicht und vielen anderen Erschwernissen, befreien, werden sie gestärkt und können in ihrer Region die Menschen besser direkt versorgen.

Hans-Georg Peitl Den meisten Unternehmern wird heute eingeredet, sie sollten nur auf sich selber schauen. Ich schaue mir aber den Konzern an, der keine Klein- und Mittelunternehmen als Distributoren braucht, oder aber dem nicht bewusst wird, dass Umsätze bei Klein- und Mittelunternehmen nur dann erfolgen, wenn die Menschen eine Kaufkraft haben.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

DIGITALISIERUNG 4.0

GLAUBE.at Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Standort Österreich im Digitalisierungszeitalter stärken, damit neue Arbeitsplätze entstehen können?

Sebastian Kurz Mehr Gestaltungsfreiraum durch eine spürbare Senkung der Steuer- und Abgabenlast sowie einen Abbau von Bürokratie soll die Unternehmen dabei unterstützen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Gerade die Digitalisierung wird unseren innovativen Betrieben dabei enorme Chancen eröffnen. Damit möglichst viele Menschen die vielfachen Potentiale der Digitalisierung nutzen können, gilt es vor allem unser Bildungswesen modern aufzustellen und etwa die Ausbildung in den MINT-Fächer zu forcieren.

Christian Kern Mein erklärtes Ziel ist es, Österreich zu einem Vorreiter der Digitalisierung zu machen. Diese Veränderungen, die wir gerade erleben, führen zu neuen Formen und einer neuen Verteilung von Arbeit. Um für diese Herausforderungen gerüstet zu sein, ist hier unter anderem die Stärkung der digitalen Kompetenz bei jüngeren und älteren ArbeitnehmerInnen erforderlich. Mit dem bereits beschlossenen Start-Up-Paket unterstützen wir Neugründungen im innovativen Bereich. Es ist wichtig, diese Kompetenzen von Anfang an zu vermitteln. Deshalb erhält künftig jedes Kind nach der Volksschule ein Tablet.*

Heinz-Christian Strache Digitale Kompetenz ist gefragter denn je, mehr als die Hälfte der Betriebe hat Schwierigkeiten, die Stellen zu besetzen. Nur Malta liegt in der EU noch schlechter. Hier muss eine Ausbildungsoffensive schnellstmöglich Abhilfe schaffen. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Schaffung eines Fonds für eine Digitalisierungsoffensive. Die Erlöse der 5G-Lizenz und Teile der Breitbandmilliarde sollen für Technologieentwicklungen, Anwendungsentwicklungen, Ausbildung und Infrastruktur verwendet werden.

Matthias Strolz Wir haben zusammen mit Max Schrems einen Chancen-Plan zur Digitalisierung ausgearbeitet. Österreich muss diese enorme Chance nutzen. Wir fordern ein Ministerium für Innovation und Digitalisierung in dem die bisher zersplitterten Zuständigkeiten gebündelt werden. In der Verwaltung müssen die Potenziale durch E-Government gehoben werden. Und in den Schulen müssen technische und inhaltliche Kompetenzen vermittelt werden.

Ulrike Lunacek Es bedarf jedenfalls einer Investitionsoffensive in Zukunftsbranchen. Teil dieser Investitionsoffensive muss in der Förderung von Arbeitskosten neu entstehender Jobs im Ausmaß von 2/3 der Kosten für die ersten zwei Jahre im gemeinnützigen Bereich sein. Darüber hinaus bedarf es der Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Ausbildung und Qualifikation unter sozialer Absicherung. Nicht unerwähnt bleiben darf auch die Wirkung einer ökosozialen Steuerreform, mit der die Steuer- und Abgabenbelastung auf Arbeit reduziert und durch die Belastung von Schadstoffausstoß und Energie kompensiert wird.*

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

DIGITALISIERUNG 4.0

GLAUBE.at Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Standort Österreich im Digitalisierungszeitalter stärken, damit neue Arbeitsplätze entstehen können?

Erwin Dünser Indem wir sinnvolle Arbeiten fördern wie kleine Landwirtschaften, herkömmliche Gasthäuser sowie die Alters- und Hauspflege. Sinnlose Arbeiten gehören abgeschafft, d.h. Bürokratieabbau in Kammern, Gewerkschaften, Institutionen, Verwaltung, usw.

Robert Marschall Mehr Bildung. Für bessere Lernerfolge der Schüler braucht es reine deutschsprachige Klassen und ein differenziertes Schulsystem statt Einheitsschule. Ein USA-unabhängiges Internet in Österreich.

Karl Schnell Österreich ist hier mit Sicherheit Vorreiter und dies ist zu begrüßen.

Hannes Hausbichler Zeitgemäße Bildung und lebenslange Weiterbildung, wie bereits beantwortet, ist der essenzielle Baustein, um in der Digitalisierung nicht der Verlierer, sondern der Gewinner zu sein. Die Absichten von immer mehr Parlamentsparteien, Anti-Männer-Quoten in der Privatwirtschaft einzuführen, stellt eine große Gefahr für unsere Wirtschaft dar und ist zu verhindern.

Hans-Georg Peitl Gerade im Bereich der alternativen Energienutzung und der Sonnenvoltaik liegen auf dem österreichischen Patentamt Patente vergraben, welche wahrscheinlich zu einer Vollbeschäftigung führen könnten, wenn man sie mit der gemeinnützigen Industrie nützt.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

ARBEITSMARKT FÜR JUNG UND ALT

GLAUBE.at Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um das Potenzial und den Erfahrungsschatz der älteren Generation am Arbeitsmarkt zu nützen und um die Berufschancen der jungen Menschen zu verbessern?

Sebastian Kurz Es braucht einen Fokus auf Aus- und Weiterbildung sowie mehr individuelle Gestaltungsfreiheit bei Arbeitszeiten, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen den sich wandelnden Arbeitsmarkt besser bewältigen können. Außerdem wollen wir die Lebensverdienstkurve abflachen. Dadurch können sich Jüngere leichter etwas aufbauen und die Beschäftigung Älterer wird gefördert. Im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen werden wir dafür bei den Sozialpartnern eintreten.

Christian Kern Eines ist klar: gute Ausbildung sichert nachhaltig bessere Perspektiven für das gesamte Berufsleben. Mit der Ausweitung der Ausbildungsgarantie von 18 auf 25 Jahre haben wir einen ersten Schritt gesetzt. Jedem arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren, der keine abgeschlossene Ausbildung hat, wird eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung angeboten und bezahlt. Mit der Beschäftigungsgarantie für Ältere soll jedem älteren Arbeitslosen nach spätestens einem Jahr Arbeitslosigkeit ein kollektivvertraglich entlohnter Arbeitsplatz angeboten werden. Dazu schaffen wir 40.000 zusätzliche Arbeitsplätze dort, wo sie benötigt werden.*

Heinz-Christian Strache Arbeitsanbieter aus den angrenzenden EU-Staaten haben vielfältige Wettbewerbsvorteile. Um die Chancen gerade für ältere Arbeitnehmer am heimischen Arbeitsmarkt erhöhen, bedarf es Schutzmaßnahmen, wie eine steuer- und sozialversicherungsrechtliche Gleichbehandlung ausländischer Arbeitnehmer mit österreichischen Arbeitnehmern. Um die Berufschancen der Jugend zu verbessern, sind beispielsweise Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher betrieblicher Lehrstellen durch Einführung des Blum-Bonus Neu wichtig.

Matthias Strolz Menschen mit 60 Jahren sind zu jung, um aus dem Arbeitsprozess auszusteigen. Zudem verfügen sie über große Erfahrung und Qualifikationen, die verloren gehen, wenn sie zu früh aus dem Arbeitsprozess ausscheiden. Deshalb soll unter anderem das Senioritätsprinzip abgeschafft werden, damit ältere Arbeitnehmer_innen nicht zu teuer werden. Ganz Grundsätzlich müssen die Lohnnebenkosten gesenkt werden - auch um den Einstieg für junge Menschen zu erleichtern.

Ulrike Lunacek Die Grünen treten für einen verpflichtenden Stufenplan zur Schaffung alternsgerechter Arbeitsplätze sowie für die Umsetzung einer wirkungsvollen Bonus-Malus-Regelung ein. Dazu bedarf es außerdem eines Rechtsanspruchs auf Ausbildung und Qualifikation, um einer Dequalifikation entgegenzuwirken.

*Die vollständige Antwort finden Sie unter glaube.at/nationalratswahl-2017

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

ARBEITSMARKT FÜR JUNG UND ALT

GLAUBE.at Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um das Potenzial und den Erfahrungsschatz der älteren Generation am Arbeitsmarkt zu nützen und um die Berufschancen der jungen Menschen zu verbessern?

Erwin Dünser Ältere Menschen müssen steuerlich entlastet werden.

Robert Marschall Frühpensionierungen im öffentlichen Dienst stoppen. Das würde wieder zu mehr Fairness am Arbeitsmarkt zwischen Beamten und Privatwirtschaft führen. Leitungsgerechteres System am Arbeitsmarkt. Viele Menschen nutzen ihre Berufserfahrung nur deshalb nicht, weil sie keine Sozialleistungen verlieren wollen und „weil es sich nicht auszahlt".

Karl Schnell Die Erfahrung der älteren Generation am Arbeitsmarkt ist von enormer Bedeutung und auch eine Chance für die Jugend. Diese Erfahrung zu nutzen ist wichtig, deshalb werden vernünftige Arbeitgeber auch für einen guten Mix von älteren und jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen. Jeder vernünftige Unternehmer sollte dies wissen.

Hannes Hausbichler Möglichst unterbrechungsfreie Berufstätigkeit für Männer und Frauen, wie bereits in den Antworten beschreiben, geringere Belastung durch die 30-Stunden-Woche und besserer Ausbildungsstand älterer Menschen durch lebenslanges Lernen, wie bereits oben beantwortet.

Hans-Georg Peitl In dem Bereich der gemeinnützigen Industrie sind von unserer Seite auch Kompetenzcenter vorgesehen, in welchen ältere MitarbeiterInnen über die von ihnen gesammelten Jahre langen Erfahrungen berichten können. Dies sollte dazu beitragen neue Patente zielgerichtet entwickeln zu können.

TRÄGERORGANISATIONEN

IM ÖSTERREICH

salzundlicht

PARTNERORGANISATIONEN

shop4CHRIST

initiative innsbruck stadt der hoffnung

CARE OF CREATION

OpenDoors

EEA EUROPEAN EVANGELICAL ALLIANCE

IMABE

JUGEND FÜR DAS LEBEN

C·P·V CHRISTLICHE POLIZEI VEREINIGUNG

ösm christen an der uni

LB ÖSTERREICHISCHE LEBENSBEWEGUNG

saveone europe

WEISSES KREUZ ÖSTERREICH Fachstelle für Beziehungsfragen, Sexualethik und Lebensschutz

PARTEIEN DER BEFRAGTEN SPITZENKANDIDATEN

Die neue Volkspartei.

FPÖ

FPS LISTE DR. KARL SCHNELL

MÄNNERPARTEI für ein faires Miteinander

SPÖ

DIE GRÜNEN

EUAUS

Obdachlose in der Politik

neos

CPÖ CHRISTLICHE PARTEI ÖSTERREICHS

MEDIENPARTNER

GLAUBE.at

GLAUBENSIMPULSE

ERF Medien Österreich

now RADIO

PROJEKTFINANZIERUNG

Finden Sie die "Wahlprüfsteine für christliche Werte in der Politik" hilfreich? Bitte unterstützen Sie die Projektkosten dieses werbefreien Leitfadens mit einer einmaligen Spende:

IM Österreich
Zweck: Wahlprüfsteine 2017
AT34 6000 0602 1010 6386

Bildrechte: Brian K.; Emi Cristea | Bildquelle: Bigstock